

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neus Grapenstr. 1/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.90, wo keine Post am Orte, M. 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subskriptionsgebühr beträgt für die einjährige Colonelle oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige, Anzeigen 25 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 27.

Breslau, Mittwoch, den 1. Februar 1911

22. Jahrgang.

Das Reichs-Verzinsungsgesetz nach den Beschlüssen der 2. Lesung.

Der Senatorenkonvent des Reichstages hatte für die 2. Lesung des Verzinsungsgesetzes drei Tage in Aussicht genommen. Es sind sieben Tage daraus geworden, und man wäre in dieser Zeit vielleicht noch nicht zu Ende gekommen, wenn nicht der Präsident mit Abendstunden gedroht hätte. Dabei hat niemand die Verhandlungen aufgehalten. Die Schuld der langen Dauer der 2. Lesung liegt lediglich in der Art, wie Regierung und Mehrheitsparteien eine Besteuerung des Verzinsungswachses durchzuführen trachteten.

Historisch mit dem großen Steuerraubzug von 1909 eng verbunden, stellt sich die Verzinsungsteuer, so wie sie aus den drei Lesungen der Kommission hervorgegangen war, als ein breiter Versuch der reaktionären Parteien dar, unserem Volke unter der biedereren Versicherung, es erhalte eine Besteuerung des Besitzes, eine taube Nuß in die Hand zu drücken. Die Besteuerung des Verzinsungswachses an Grund und Boden, an dessen Hervorbringung der zufällige Besitzer gänzlich unbeteiligt ist, wurde von unserer Partei in einer sympathisch begrüßt; wir, die wir auf dem Standpunkt stehen, daß der Grund und Boden gemeinsames Eigentum des ganzen Volkes sein müsse, begrüßen jede Maßregel, die den Monopolcharakter des Bodeneigentums abschwächt. Wenn man mit dem Grundgedanken einer gesetzgeberischen Maßnahme einverstanden ist, so bedeutet das indessen noch lange nicht, daß man nunmehr unbedenken jede Einzelvorrichtung so anzunehmen verpflichtet wäre, wie die Mehrheitsparteien sie zu gestalten beliebten. Der von den reaktionären Parteien wiederholt gemachte Versuch, einen Widerspruch in der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zur Reichs-Verzinsungsteuer zu konstruieren, ist daher als völlig verfehlt zurückzuweisen.

Die schwarz-blauen Steuerverbündeten von 1909 in einem notwendiger Weise eine „Verzinssteuer“, um den immer stärker hervortretenden und mit dieser tagesserihaft seit dem Abschluß der Steuerwachsenen Volkshorn zu schützen. Der Unter-Beschluß dem, was wir wollen, und dem, was die und das Zentrum gerne haben möchten, liegt die Gebildenen beiden „Gänsefüßchen“, mit denen oder welche das Wort Verzinssteuer geschrieben werden muß. Die ganze politische Seite der Frage brückt sich in diesem typographischen Unterschiede aus.

Man muß gestehen, daß die Konservativen im Bunde mit den ihnen alle Zeit gefälligen Zentrumsabgeordneten es meisterhaft verstanden haben, in der Verzinsungsteuer, wie sie jetzt vorliegt, ein Gesetz zu schaffen, das dem Ideale des lebendigen Messers entspricht. Das ist bekanntlich das Messer ohne Klinge, dem der Stiel fehlt. Eine kurze Vergleichung der Beschlüsse 2. Lesung mit den ursprünglichen Vorschlägen der Regierungsvorlage wird die Wahrheit unserer Behauptung bestätigen.

So viel weiß bei uns jedes politische Kind: wenn die Reichsregierung ein Steuergesetz vorschlägt, dann sorgt sie schon dafür, daß ihre geliebten Agrarier nicht zu schief angefaßt werden. So war es auch mit dem Entwurf des Verzinsungsgesetzes. „Mehr Wermuth als Wermuth“ — sagte ein Sachkenner in unseren Reihen sein Urteil über den Entwurf im vorigen Jahre zusammen. Aber die fürsorgliche Schonung, die die Regierung den Agrariern hat, angebeihen lassen, nimmt sich doch nur wie ein Maulwurfs-hügel neben dem Schindborasso agrarischer Unverschämtheit aus, den wir nun in den Kommissionsbeschlüssen und in den Beschlüssen 2. Lesung vor uns sehen. Einer unserer Vertreter hat ganz mit Recht in diesen letzten Diskussionen gesagt, man könnte ein Verzinsungsgesetz mit weniger als einem halben Duzend Paragraphen machen, der ganze Wulst der anderen 50 Paragraphen, aus denen das Gesetz besteht, diene nur dazu, Abschwächungen, Vergünstigungen, Privilegien entweder neu zu schaffen oder aufrecht zu erhalten.

So ist es in der Tat. Und wenn man in die Materie eindringt, so sieht man, daß, abgesehen von ein paar tüchtigen, gleichgültigen oder lediglich demagogischen Zwecken dienenden Ausnahmegestaltungen für „kleine Leute“ alles und jedes darauf angelegt ist, den ländlichen Grundbesitz im allgemeinen, den junkerlichen Großbesitz im besonderen vor Steuerbelastungen zu schützen und die zu erhebenden Beiträge der städtischen Bevölkerung aufzuhalten. Das ist aber um die städtische Bevölkerung zu beschaffen ist, wie ein Bild in unsere Statistiken: nur ein verschwindender Teil von ihr, in manchen Orten vielleicht 1 Prozent oder noch weniger, ist Grund- und Hausbesitzer, die große Masse dagegen beschlos und mit ihrer Laufung auf Meiswahnungen angewiesen; das eine Prozent der Haus- und Grundbesitzer wird, nach früheren Erfahrungen zu schließen, spielend fertig bekommen, die Lasten, die ihm durch das Gesetz aufgebürdet werden, auf die Mieterbevölkerung abzuwälzen. Der Gegensatz ist also letzten Endes der, daß die Junker von der Steuer verschont bleiben, die städtischen Mieter sie zu tragen haben. Für die städtischen Mieter

gilt aber der bekannte Schwabesche Satz, daß die Mietsverhältnismäßig um so höher ist, je geringer der Einkommensbetrag. Also von den städtischen Mietern werden schließlich auch wieder die Minderbemittelten, die Arbeiter, am härtesten betroffen werden.

Das abzuwehren, oder, wo eine Abwehr unmöglich ist, wenigstens vor aller Welt klarzustellen, war die von der Natur der Umstände gebotene Pflicht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, deren Vertreter diese Pflicht redlich erfüllt haben. Dabei erlebte man gar merkwürdige Schaupiele. Bei einzelnen grundlegenden Paragraphen konnte sich unsere Fraktion auf die ursprünglichen Regierungsvorschläge zurückziehen, so schon in dem § 1, der die Begriffs- und Zweckbestimmung des Gesetzes enthält. Wer aber gehofft hätte, nunmehr die Regierung als Verteidigerin ihrer eigenen Vorschläge aufstehen zu sehen, der hat Herrn Wermuth falsch eingeschätzt. Er verteidigte vielmehr noch das Nachwort der Kommission gegen seine eigenen früheren Vorschläge. Wenn man ihm eine politische Absicht bei seinem Vorgehen untersuchen darf, und wenn es sich für ihn nicht einfach darum handelte, unter allen Umständen seine erste Vorlage unter Dach und Fach zu bringen, dann könnte man vermuten, er verjuche die Sozialdemokratie geradezu zu zwingen, um auf diese Weise den Junkern und Pfaffen ein demagogisches Agitationsmittelchen in die Hände zu spielen. Wäre es so — Herr Wermuth könnte sich auf eine arge Enttäuschung gefaßt machen! Die Masse unseres Volkes läßt sich von Junkern und Junkergeräten nicht mehr auf den Leim locken.

Auch nach den Beschlüssen 2. Lesung bezieht sich die Verzinsungsteuer nur auf den Verzinsungswach an Grundstücken, nicht auf anders geachteten Verzinsungswach, wie er etwa bei Wertpapieren und dergleichen hervortritt. Als Zeitpunkt der Besteuerung ist in jedem Falle prinzipiell der auf Vertrag beruhende Eigentumsübergang an einem inländischen Grundstück festgesetzt. Die Steuer ist unter Berücksichtigung des Preises zur Zeit des letzten steuerpflichtigen Erwerbs zu bemessen, und zwar so, daß Erwerbsvorgänge, die vor dem 1. Januar 1885 liegen, nicht in Betracht kommen; im Falle des Eigentumsüberganges am 1. Januar 1885 tritt der gemeine Wert des Grundstücks am 1. Januar 1885 an Stelle des früheren Erwerbspreises. Nach dem 1. Januar 1925 soll kein Erwerbsvorgang mehr berücksichtigt werden, der weiter als 40 Jahre zurückliegt. In allen Städten der Verhandlung hat unsere Partei versucht, das Jahr 1871 zum Ausgangspunkt der Wertbemessung zu machen; leider sind diese Versuche ohne Erfolg geblieben, was sich aus dem Umstande erklärt, daß selbst die dreifachen Versuche der steuerreichen Junker nicht vermochten, jeden Verzinsungswach seit 1871 aus der Welt zu leugnen.

Man hat oftmals die Feststellung der zeitlichen Grenze für die Ermittlung des früheren Wertes eines Grundstücks „Rückwirkung“ genannt. Das ist aber eine falsche Anwendung dieses Wortes. Von der Rückwirkung dieser Steuer handelt eine ganz andere Vorschrift des Gesetzes, worin noch in der dritten Lesung der Kommission bestimmt wurde, daß alle Fälle des Eigentumsüberganges an Grundstücken nach dem 1. April 1910 steuerpflichtig sein sollten. Diese Bestimmung aber ist in der zweiten Lesung im Plenum geändert worden. Unter dem Vorbezug, daß durch eine solche Rückwirkung den Behörden allerhand Lasten aufgebürdet würden, hat der Hof der Besitzenden von den Nationalliberalen bis zu den Junkern festgesetzt, daß erst vom 1. Januar 1911 an die Grundstücksverkäufe steuerpflichtig sein sollen. Damit sind die Steuererträge von drei Vierteljahre präsumiert worden. Die Regierung hat nicht erklärt, daß dadurch das Gesetz für sie unannehmbar würde, womit bewiesen ist, daß das ganze Gerede des Reichstagspräsidenten von der Notwendigkeit der Einführung einer Verzinsungsteuer für die Bilanzierung des jetzt zur Beratung stehenden Etats nichtig ist.

Träger der Steuerpflicht ist der Verkäufer. Daran hat auch die zweite Lesung nichts geändert; ob aber der Verkäufer in Einzelfällen seiner Verpflichtung nicht zum Nachteil des Verkäufers entzieht, hängt natürlich von dem Verhältnis ihrer wirtschaftlichen Kraft ab. Träger des Steueranspruchs sind das Reich, die Bundesstaaten und die Gemeinden geblieben. Bei dem § 49, der diese Verteilung regelt, setzten unsere Fraktionsvertreter alle ihre Energie ein, um für die Gemeinden mehr zu erreichen. Aber sie beschränkten sich nicht darauf, sondern verknüpften mit diesem Versuch jenen anderen, den notleidenden Kriegsteilnehmern von 1870, 1866 und 1864 eine Erfüllung alter Wünsche zu sichern. Seit Jahr und Tag redet und redet und redet man im Reichstage über die Versorgung der notleidenden Invaliden und Veteranen; seit aber der aus der fränkischen Kriegenschießung gebildete Reichstagspräsident aufgeführt worden ist, hat es an einer ernsthaften Aktion mangeln lassen. Bei dem ständigen Geldmangel haben Regierung und bürgerliche Parteien die Erfüllung der Ehrenpflicht immer weiter hinausgeschoben. Die Sozialdemokratische Fraktion hat deshalb aus den Erträgen des Verzinsungswachses 6 Millionen den Kriegsveteranen sofort auszuwenden. Wäre dieser

Antrag angenommen worden, dann wäre in manche Hülle Freude eingezogen, mancher Schmerz wäre gemildert, manches Leid gestillt worden. Aber unter den Verborehrung einiger ganz unwesentlicher technischer Schwierigkeiten verstanden die bürgerlichen Parteien auch diesmal, einem Beschluß auszuweichen, ja einer ihrer Vertreter, der konservative Abgeordnete Feldmann, hatte sogar die Dreifachheit in einer verführten Fassung zu behaupten, die Kriegsveteranen würden eine Erhöhung ihrer Bezüge aus den Händen der Sozialdemokraten kassieren zurückweisen. O du heilige Einfalt! Nicht einmal die deutschen Fürsten, selbst solche, die ihrer Abneigung gegen die Sozialdemokratie in starken Worten Ausdruck zu geben beliebt, haben bisher abgelehnt, Zivillisten anzunehmen, die zu einem erheblichen Teile aus den Großen sozialdemokratischer Arbeiter zusammengesetzt sind, und da sollten sich die Kriegsveteranen, die doch ganz anders berechnigte Ansprüche haben, genieren?

Die Fürsten mußten natürlich auch bei diesem Gesetz wieder einen Extrabrot haben. In einer merkwürdigen, aber wahrscheinlich nicht sehr haltbaren Anwendung vom Mannesmut hat indessen der Reichstag auch in der zweiten Lesung — wie zuletzt in der Kommission — beschlossen, landbesitzende Landesfürsten der Steuer zu unterwerfen. Sie, fuhren da die Herren Regierungsveteranen auf! Minister und Kommissare taten so, als ob das ganze Gedächtnis der stichtigen Weltordnung zusammenstürze, wenn ein elementares Gebot der Gerechtigkeit verwirklicht würde. Herr Peter Spahn, der auf dem Präsidentenstuhl die Geschmeidigkeit seines Rückgrats nicht verloren hat, wäre gar zu gerne bereit gewesen, die Abstimmung sofort zu korrigieren, wenn ihn nicht der einmütige Widerspruch aller Parteien des Reichstages, mit dem strebsamen Grafen Westphal auf den Hofschimmel der Byzantinerei gezwungen hätte. An einer anderen Stelle des Gesetzes, wo die mittelalterlichen Bestimmungen des Einführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch über das Verhältnis früherer reichsunmittelbarer und prinziplicher Familien zu unserem Zivilrecht gestreift werden, gelang es leider nicht, die Steuerpflicht der Landesfürsten und Landesfürstinnen durchzuführen. Ja, wenn es nach einem großen Teile der rechten Seite des Reichstages gegangen wäre, dann wären sogar die prinziplichen und herzoglichen Grundstückspekulanten, die vor den Toren deutscher Residenzstädte in den letzten Jahrzehnten Millionen eingefädelt haben, gänzlich steuerfrei geblieben. Was sie jetzt, ebenso wie die Inhaber von fideikommissarisch gebundenem Bodenbesitz jährlich zu zahlen haben, nämlich ein Neunzigstel von einem Prozent des Wertes ihres Landbesitzes, ist nur eine lächerliche Doppelpiegelung einer wirksamen Steuer.

Ganz zum Schluß, nachdem die Reichstagsmehrheit sich gründlich für die Edelsten und Besten gesorgt hatte, versuchte die Sozialdemokratie noch einmal, den Will der Regierung und der bürgerlichen Parteien auf das Glend zu lenken; sie beantragte, mit dem Inkrafttreten des Reichs-Verzinsungsgesetzes die Zündholzsteuer aufzuheben. Mit Ausnahme einer Sandvoll Freisinnigen erhob sich für diesen Antrag, zu dessen Rechtfertigung kein Wort gesagt zu werden braucht, auch nicht ein bürgerlicher Abgeordneter.

So sehen wir also, daß die Abschwächungen, die die Kommission an dem ursprünglichen Regierungsentwurf vorgenommen hatte, in der zweiten Lesung im Plenum noch verstärkt worden sind. Einzelne geringfügige Verbesserungen sind dabei, man möchte beinahe sagen, unabsichtlich, auch mit untergelaufen; andere Bestimmungen, wie die über die Ausgestaltung des Rechtsweges, öffnen vielleicht die Bahn zu weitergehenden Reformen. Aber alles in allem genommen, können wir nicht sagen, daß wir von den Beschlüssen der zweiten Lesung von unserem sozialdemokratischen Standpunkte aus befriedigt worden wären, zumal auch noch niedriger entgegen den feierlichen Versprechungen und gesetzlichen Bestimmungen von 1909, die Beibehaltung des erhöhten Umsatzsteuers bei Grundstücksübertragungen — eine grobe und oft ungerechte Steuer — bis zum St. Kimmertage beschlossen wurde. Im Gesetz steht freilich, sie solle 1914 aufgehoben werden. Am 1. April. April!

Politische Uebersicht.

Die bevorstehenden Reichstagswahlwahlen.

Ende Februar finden zwei Reichstagswahlwahlen statt. Am 26. Februar muß das Zentrum seinen Allgauer Wahlkreis Immersstadt verteidigen. Sein Kandidat ist der Augsburger Amtsrichter Sumtinger, dem nachgerühmt wird: „Seine Großmutter sei eine Allgauerin gewesen und liege in Southofen begraben“. Der liberale Kandidat Reichsanwalt Dr. Thomann-Augsburg, geht mit lebhaftem Eifer in die Wahlkämpfe ein und möchte im ersten Wahlgange siegen. Wahrscheinlich werden die Liberalen jedoch froh sein, wenn sie in die Stichwahl gelangen, in der unsere Genossen den Ausschlag geben. Zwei Tage nach Immersstadt wählt man am entgegengesetzten Ende des Reichstages den Reichstagspräsidenten für den verbleibenden Zeitraum. Zentrumskandidat ist

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Kreuz Str. 12/13, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.99, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subskriptionspreis beträgt für die einjährige Colonatelle oder deren Raum 25 Pfennige, für Kreditkarte, Besuchs- und Veranlassungs-Kosten 1 Pfennig, Auswärtige Posten 35 Pf. Zusätze für die achtste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 27.

Breslau, Mittwoch, den 1. Februar 1911

22. Jahrgang.

Das Reichs-Wertzuwachssteuergesetz nach den Beschlüssen der 2. Lesung.

Der Senatorenkonvent des Reichstages hatte für die 2. Lesung des Wertzuwachssteuergesetzes drei Tage in Aussicht genommen. Es sind sieben Tage daraus geworden, und man wäre in dieser Zeit vielleicht noch nicht zu Ende gekommen, wenn nicht der Präsident mit Abendstunden gedroht hätte. Es hat niemand die Verhandlungen aufgehalten. Die Schuld der langen Dauer der 2. Lesung liegt lediglich in der Art, wie Regierung und Mehrheitsparteien eine Besteuerung des Wertzuwachses durchzuführen trachteten.

Historisch mit dem großen Steuerraubzug von 1909 eng verbunden, stellt sich die Wertzuwachsteuer, so wie sie aus den drei Lesungen der Kommission hervorgegangen war, als ein dreifacher Versuch der reaktionären Parteien dar, unserem Volke unter der biedereren Versicherung, es erhalte eine Besteuerung des Besitzes, eine taube Nuß in die Hand zu drücken. Die Besteuerung des Wertzuwachses an Grund und Boden, an dessen Hervorbringung der zufällige Besitzer gänzlich unbeteiligt ist, wurde von unserer Partei inwieweit sympathisch begrüßt; wir, die wir auf dem Standpunkt stehen, daß der Grund und Boden gemeinsames Eigentum des ganzen Volkes sein müsse, begrüßen jede Maßregel, die den Monopolcharakter des Bodeneigentums abschwächt. Wenn man mit dem Grundgedanken einer gesetgeberischen Maßnahme einverstanden ist, so bedeutet das indessen noch lange nicht, daß man nunmehr unbedenken jede Einzelvorschrift so anzunehmen verpflichtet wäre, wie die Mehrheitsparteien sie zu gestalten beabsichtigen. Der von den reaktionären Parteien wiederholt gemachte Versuch, einen Widerspruch in der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zur Reichs-Wertzuwachsteuer zu konstruieren, ist daher als völlig verfehlt zurückzuweisen.

Die schwarz-blauen Steuerverbündeten von 1907 haben notwendig Weise eine „Besitzsteuer“, um den immer stärker hervortretenden und mit jeder Lagerjahrwahl seit dem Abschluß der Steuerwachsenen Volkshorn zu schälen. Der Unter dem, was wir wollen, und dem, was die s. und das Zentrum gerne haben möchten, liegt in scheidenen beiden „Gänsefüßchen“, mit denen oder welche das Wort Besitzsteuer geschrieben werden muß. Die ganze politische Seite der Frage drückt sich in diesem typographischen Unterschied aus.

Man muß gestehen, daß die Konservativen im Bunde mit den ihnen alle Zeit gefälligen Zentrumsabgeordneten es meisterhaft verstanden haben, in der Zuwachsteuer, wie sie jetzt vorliegt, ein Gesetz zu schaffen, das dem Ideale des Nichtenbergers Messers entspricht. Das ist bekanntlich das Messer ohne Klinge, dem der Stiel fehlt. Eine kurze Vergleichung der Beschlüsse 2. Lesung mit den ursprünglichen Vorschlägen der Regierungsvorlage wird die Wahrheit unserer Behauptung bestätigen.

So viel weiß bei uns jedes politische Kind: wenn die Reichsregierung ein Steuergesetz vorschlägt, dann sorgt sie schon dafür, daß ihre geliebten Agrarier nicht zu schief angefaßt werden. So war es auch mit dem Entwurf des Zuwachssteuergesetzes. „Mehr Behmann als Vermuth“ — sagte ein Sachkenner in unseren Reihen sein Urteil über den Entwurf im vorigen Jahre zusammen. Aber die fürsorgliche Schonung, die die Regierung den Agrariern hat, angeben lassen, nimmt sich doch nur wie ein Maulwurfsbügel neben dem Schimborak agrarischer Unterwerfenheit aus, den wir nun in den Kommissionsbeschlüssen und in den Beschlüssen 2. Lesung vor uns sehen. Einer unserer Vertreter hat ganz mit Recht in diesen letzten Diskussionen gesagt, man könnte ein Wertzuwachssteuergesetz mit weniger als einem halben Dukaten Paragraphen machen, der ganze Wulst der anderen 50 Paragraphen, aus denen das Gesetz besteht, diene nur dazu, Abschwächungen, Vergünstigungen, Privilegien entweder neu zu schaffen oder aufrecht zu erhalten.

So ist es in der Tat. Und wenn man in die Materie eindringt, so sieht man, daß, abgesehen von ein paar tückischen, gleichgültigen oder lediglich demagogischen Zwecken dienenden Ausnahmegestaltungen für „kleine Leute“ alles und jedes darauf angelegt ist, den länderlichen Grundbesitz im allgemeinen, den junkerlichen Großbesitz im besonderen vor Steuerbelastungen zu schützen und die zu erhebenden Beträge der städtischen Bevölkerung aufzubringen. Was es aber um die städtische Bevölkerung beschafter ist, das lehrt ein Blick in unsere Statistiken: nur ein verschwindend kleiner Teil von ihr, in manchen Orten vielleicht 1 Prozent oder noch weniger, ist Grund- und Hausbesitzer, die große Masse dagegen heillos und mit ihrer Haftung auf Mietswohnungen angewiesen; das eine Prozent der Haus- und Grundbesitzer tot; nach früheren Erfahrungen zu schließen, spielend fertig bekommen, die Lasten, die ihm durch das Gesetz aufgebürdet werden, auf die Mieterbevölkerung abzurufen. Der Gegensatz ist also letzten Endes der, daß die Junker von der Steuer verschont bleiben, die städtischen Mieter sie zu tragen haben. Für die städtischen Mieter

gilt aber der bekannte Schwabesche Satz, daß die Miete verhältnismäßig um so höher ist, je geringer der Einkommensbetrag. Also von den städtischen Mietern werden schließlich auch wieder die Minderbemittelten, die Arbeiter, am härtesten betroffen werden.

Das abzuwehren, oder, wo eine Abwehr unmöglich ist, wenigstens vor aller Welt klarzustellen, war die von der Natur der Umstände gebotene Pflicht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, deren Vertreter diese Pflicht redlich erfüllt haben. Dabei erlebte man gar merkwürdige Schauspiele. Bei einzelnen grundlegenden Paragraphen konnte sich unsere Fraktion auf die ursprünglichen Regierungsvorschläge zurückziehen, so schon in dem § 1, der die Begriffs- und Zweckbestimmung des Gesetzes enthält. Wer aber gehofft hätte, nunmehr die Regierung als Verteidigerin ihrer eigenen Vorschläge aufstehen zu sehen, der hat Herrn Vermuth falsch eingeschätzt. Er verteidigte vielmehr noch das Nachwerk der Kommission gegen seine eigenen früheren Vorschläge. Wenn man ihm eine politische Absicht bei seinem Vorgehen unterstellen darf, und wenn es sich für ihn nicht einfach darum handelte, unter allen Umständen seine erste Vorlage unter Dach und Fach zu bringen, dann könnte man vermuten, er verjuche die Sozialdemokratie geradezu zu zwingen, um auf diese Weise den Junkern und Pfaffen ein demagogisches Agitationsmittelchen in die Hände zu spielen. Wäre es so — Herr Vermuth könnte sich auf eine arge Enttäuschung gefaßt machen! Die Masse unseres Volkes läßt sich von Junkern und Junkerengenossen nicht mehr auf den Leim locken.

Auch nach den Beschlüssen 2. Lesung bezieht sich die Zuwachsteuer nur auf den Wertzuwachs an Grundstücken, nicht auf anders geachteten Wertzuwachs, wie er etwa bei Wertpapieren und dergleichen hervortritt. Als Zeitpunkt der Besteuerung ist in jedem Falle prinzipiell der auf Vertrag beruhende Eigentumsübergang an einem inländischen Grundstück festgesetzt. Die Steuer ist unter Berücksichtigung des Preises zur Zeit des letzten steuerpflichtigen Erwerbs zu bemessen, und zwar so, daß Erwerbsvorgänge, die vor dem 1. Januar 1885 liegen nicht in Betracht kommen; im Falle des Eigentumsüberganges am 1. Januar 1885 an Stelle des früheren Erwerbepreises. Nach dem 1. Januar 1925 soll kein Erwerbsvorgang mehr berücksichtigt werden, der weiter als 40 Jahre zurückliegt. In allen Städten der Verhandlung hat unsere Partei versucht, das Jahr 1871 zum Ausgangspunkt der Wertbemessung zu machen; leider sind diese Versuche ohne Erfolg geblieben, was sich aus dem Umstande erklärt, daß selbst die dreifachen Versuche der steuerhohen Junker nicht vermochten, jeden Wertzuwachs seit 1871 aus der Welt zu leugnen.

Man hat oftmals die Feststellung der zeitlichen Grenze für die Ermittlung des früheren Wertes eines Grundstückes „Rückwirkung“ genannt. Das ist aber eine falsche Anwendung dieses Wortes. Von der Rückwirkung dieser Steuer handelt eine ganz andere Vorschrift des Gesetzes, worin noch in der dritten Lesung der Kommission bestimmt wurde, daß alle Fälle des Eigentumsüberganges an Grundstücken nach dem 1. April 1910 steuerpflichtig sein sollten. Diese Bestimmung aber ist in der zweiten Lesung im Plenum geändert worden. Unter dem Vorgeben, daß durch eine solche Rückwirkung den Behörden allerhand Lasten aufgebürdet würden, hat der Block der Besitzenden von den Nationalliberalen bis zu den Junkern festgesetzt, daß erst vom 1. Januar 1911 an die Grundstücksverkäufe steuerpflichtig sein sollen. Damit sind die Steuererträge von drei Vierteljahre prä-gegeben worden. Die Regierung hat nicht erklärt, daß dadurch das Gesetz für sie unannehmbar würde, womit bewiesen ist, daß das ganze Gerede des Reichsschatzsekretärs von der Notwendigkeit der Einführung einer Zuwachsteuer für die Bilanzierung des jetzt zur Beratung stehenden Etats nichtig ist.

Träger der Steuerpflicht ist der Verkäufer. Daran hat auch die zweite Lesung nichts geändert; ob aber der Verkäufer im Einzelfalle sich seiner Verpflichtung nicht zum Nachteil des Verkäufers entzieht, hängt natürlich von dem Verhältnis ihrer wirtschaftlichen Kraft ab. Träger des Steueranspruches sind das Reich, die Bundesstaaten und die Gemeinden geblieben. Bei dem § 49, der diese Verteilung regelt, setzten unsere Fraktionsvertreter alle ihre Energie ein, um für die Gemeinden mehr zu erreichen. Aber sie beschränkten sich nicht darauf, sondern verknüpften mit diesem Versuch jenen anderen, den notleidenden Kriegsteilnehmern von 1870, 1866 und 1864 eine Erfüllung alter Wünsche zu sichern. Seit Jahr und Tag rehet und rehet und rehet man im Reichstage über die Versorgung der notleidenden Invaliden und Veteranen; seit aber der aus der französischen Kriegsenfesselung geübete Reichsinvalidenverband gegründet worden ist, hat es an einer einträglichen Aktion mangeln lassen. Bei dem ständigen Geldmangel haben Regierung und bürgerliche Parteien die Erfüllung der Ehrenpflicht immer weiter hinaus. Die Sozialdemokratie hat für die bescheidenen Leistungen aus dem Ertragssteuern des Wertzuwachses 6 Millionen den Kriegsveteranen sofort anzuwenden. Eine dieser

Antrag angenommen worden, dann wäre in manche Fälle Freude eingezogen, mancher Schmerz wäre gemildert, manches Leid gestillt worden. Aber unter den Hervortretenden einiger ganz unwesentlicher technischer Schwierigkeiten verstanden die bürgerlichen Parteien auch diesmal, einem Beschluß auszuweichen, ja einer ihrer Vertreter, der konservativ Abgeordnete Feldmann, hatte sogar die Dreifaltigkeit in einer verführten Fätschungsrede zu behaupten, die Kriegsveteranen würden eine Erhöhung ihrer Bezüge aus den Händen der Sozialdemokraten kaltfätschend zurückerhalten. O du heilige Einfalt! Niemand einmal die deutschen Fürsten, selbst solche, die ihrer Abneigung gegen die Sozialdemokratie in starken Worten Ausdruck zu geben beabsichtigen, haben bisher abgelehnt, Zivillisten anzunehmen, die zu einem erheblichen Teile aus den Großen sozialdemokratischer Arbeiter zusammengesetzt sind, und da sollten sich die Kriegsveteranen, die doch ganz anders berechnigte Ansprüche haben, genieren?

Die Fürsten mühten natürlich auch bei diesem Gesetz wieder einen Extrabratzen haben. In einer merkwürdigen, aber wahrscheinlich nicht sehr haltbaren Anwendung vom Manresmut hat indessen der Reichstag auch in der zweiten Lesung — wie zuletzt in der Kommission — beschloffen, den wahren Erbprinzen der Reichsregierung zu unterwerfen. Er, fuhrten da die Herren Regierungsvertreter auf! Minister und Kommissare taten so, als ob das ganze Gebäude der stlichen Weltordnung zusammenstürze, wenn ein elementares Gebot der Gerechtigkeit verwirklicht würde. Herr Peter Spahn, der auf dem Präsidentenstuhl die Geschmeidigkeit seines Rückgrats nicht verloren hat, wäre gar zu gerne bereit gewesen, die Abstimmung sofort zu korrigieren, wenn ihn nicht der einmütige Widerspruch aller Parteien des Reichstages, mit dem strebsamen Grafen Westarp auf den Hofierschemel der Byzantinerei gezwungen hätte. In einer anderen Stelle des Gesetzes, wo die mittelalterlichen Bestimmungen des Einführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch über das Verhältnis früherer reichsunmittelbarer und prinziplicher Familien zu unserem Zivilrecht gestreift werden, gelang es leider nicht, die Steuerpflicht der Landesfürsten und Landesfürstinnen durchzuführen. Ja, wenn es nach einem großen Teile der rechten Seite des Reichstages gegangen wäre, dann wären sogar die prinziplichen und herzoglichen Grundstückspekulanten, die vor den Türen deutscher Residenzstädte in den letzten Jahrzehnten Millionen eingefädelt haben, gänzlich steuerfrei geblieben. Was sie jetzt, ebenso wie die Inhaber von fideikommissarisch gebundenem Bodenbesitz jährlich zu zahlen haben, nämlich ein Neunzigstel von einem Prozent des Wertes ihres Landbesitzes, ist nur eine lächerliche Doppelspielung einer wirklichen Steuer.

Ganz zum Schluß, nachdem die Reichstagsmehrheit gründlich für die Edelsten und Besten gesorgt hatte, versuchte die Sozialdemokratie noch einmal, den Blick der Regierung und der bürgerlichen Parteien auf das Elend zu lenken; sie beantragte, mit dem Inkrafttreten des Reichs-Wertzuwachssteuergesetzes die Zündholzsteuer aufzuheben. Mit Ausnahme einer Handvoll Freisinnigen erhob sich für diesen Antrag, zu dessen Rechtfertigung kein Wort gesagt zu werden braucht, auch nicht ein bürgerlicher Abgeordneter.

So sehen wir also, daß die Abschwächungen, die die Kommission an dem ursprünglichen Regierungsentwurf vorgenommen hatte, in der zweiten Lesung im Plenum noch verstärkt worden sind. Einzelne geringfügige Verbesserungen sind dabei, man möchte beinahe sagen, unabsichtlich, auch mit untergelaufen; andere Bestimmungen, wie die über die Ausgestaltung des Rechtsweges, öffnen vielleicht die Bahn zu weitergehenden Reformen. Aber alles in allem genommen, können wir nicht sagen, daß wir von den Beschlüssen der zweiten Lesung von unserem sozialdemokratischen Standpunkte aus befriedigt worden wären, zumal auch noch wieder, entgegen den feierlichen Versprechungen und gesetzlichen Bestimmungen von 1909, die Beibehaltung des erhöhten Umsatzstempels bei Grundstücksverkäufen — eine so große und oft ungerechte Steuer — bis zum St. Nimmerleinstage beschlossen wurde. Im Gesetz steht freilich, sie solle 1914 aufgehoben werden. Am 1. April. April!

Politische Uebersicht.

Die bevorstehenden Reichstags- und Landtagswahlen.

Ende Februar finden zwei Reichstags- und Landtagswahlen statt. Am 25. Februar muß das Zentrum seinen Allgauer Wahlkreis Zimmernstadt verteidigen. Sein Kandidat ist der Augsburger Amtsrichter G m i n g e r, dem nachgerühmt wird: „Seine Großmutter sei eine Allgäuerin gewesen und lege in Southofen begraben“. Der liberale Kandidat Rechtsanwält Dr. T h o m a - A u g s b u r g, geht mit lebhaftem Eifer in die Wahlkämpfe und möchte im ersten Wahlgange siegen. Wahrscheinlich werden die Liberalen jedoch froh sein, wenn sie in die Stichwahl gelangen, in der unsere Genossen den Ausschlag geben. Drei Tage nach Zimmernstadt wählt man am 28. Februar im Reichstagswahlkreis in Algenstein-Neufelz für den verstorbenen Zentrumskandidaten Sträßberg. Zentrumskandidat ist

lung und Bestrafung eines undotmäßigen Jochmannes gemacht zu sein, so daß der plötzliche Abbruch der Unruhen erfolgte.

Ausland.

Eine neue Phase in der Agitation der italienischen Eisenbahner Die italienischen Eisenbahner sind entschlossen, mit allen Mitteln das Parlament zu einer sofortigen Diskussion ihrer Forderungen zu zwingen. In kürzlichen Kreisen erregt das anrührende in Anwendung gebrachte Mittel den allergrößten Unwillen. Mehrere Schnellzüge, und zwar ausschließlich solche, in denen Deputierte nach Rom reisten, wurden in der Nacht durch Rostsignale plötzlich angehalten. Die erschauerten Reisenden sahen dann im Dunkel der Nacht Transparente mit Aufschriften, die die Eisenbahnerforderungen zum Ausdruck brachten. Auf einer solchen Aufschrift standen die Worte: „Last uns leben, sonst werden wir Euch nicht leben lassen.“ Einer der Züge wurde sogar in einem Tunnel angehalten, vielleicht zu Ehren des Unterstaatssekretärs, der in dem Zuge reiste. Es handelt sich zweifellos um eine allgemeine Aktion, die auf bestimmte Signale hin erfolgte. Der Zweck, die Abgeordneten einzuschüchtern, ist nicht erreicht worden. Erstere Zwischenfälle sind aber trotz des großen Geredes der bürgerlichen Presse nicht eingetreten. Zum Aufhalten der Züge wurden die vorchriftsmäßigen Signale gebraucht.

Päpstlicher Terrorismus. Ueber Wasserleitung modernistischer Dominikaner meldet die „Fr. Presse“ aus Rom: Der Vater Capella und drei andere Dominikanerprofessoren der lateinischen Universität Freiburg hat die Kongregation der Inquisition wegen ihrer modernistischen Neigungen auf Entfernung vom Lehramt erkannt. Diese vier Professoren müssen mit Ende dieses Jahres ihre Lehrtätigkeit verlassen. Der Papst ließ den Dominikanergeneral Vater Cormier kommen und teilte ihm das Dekret mit. Es kam hierbei zu einer sehr bewegten Szene. Der alte Vater Cormier war wie vom Schlage gerührt, einer Demütigung nahe, so daß der Papst ihm Trost zusprechen mußte, um ihm die nötige Fassung wiederzugeben. — So knechtet die Kirche ihre Diener.

Nachträgliches zu den Mailänder Wahlen. In den Mailänder Wahlen, bei denen am Sonntag die Sozialisten die 18 der Minorität revidierten Mandate erobert haben, ist nachzutragen, daß der Block der reaktionären Parteien gegenüber den früheren Wahlen einen bedeutenden Rückgang der Stimmenzahl zu verzeichnen hat. Trotzdem behaupten die Konservativen, die im Bunde mit den Radikalen vorzugehen, die Mehrheit in der Stadtverwaltung, aber dies einzig und allein deshalb, weil kein Bündnis der Volksparteien zustande kam. Die Sozialisten, die es auf rund 10.000 Stimmen brachten, gingen getrennt von den Radikalen und Republikanern vor, deren Liste es auf durchschnittlich 8500 Stimmen brachte. Das Wahlergebnis zeigt also deutlich, daß die absolute Mehrheit nicht den Konservativen zufällt. Die höchste Stimmenzahl ergab mit 18.438 Stimmen Genosse Bonardi, der gleichzeitig von den Radikalen und von den Sozialisten aufgestellt worden war. Man fragt sich nun, wie die Konservativen die Stadtverwaltung bilden werden, da von allen Stadtverordneten gerade ein Sozialist die höchste Stimmenzahl erzielte, also durch die Abstimmung zum Bürgermeister bestimmt erscheint. Gegenüber den letzten Wahlen vom Jahre 1910 haben die Sozialisten einen bedeutenden Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Am es diesmal auf dieselbe Stimmenzahl brachten, auf die Ausritt vorwie Male mit Unterstützung der Republikaner an. Unter den Gewählten befanden sich Turati, Treves, B. zu diesem ihre Reformisten, während die Kandidaten der intransigenten nach Berlin nicht gewählt wurden.

Die Sozialdemokraten im Landtag von 2. die Geh. Die sozialistische Fraktion zählt jetzt in der Legislatur 12 Mitglieder, im Senat 2 unter 33 Vertretern. Die bürgerlichen Vertreter gehören meist zu den republikanischen „Insurgenten“, die auf ein sehr radikales Programm, mit Entziehung vieler sozialistischer Forderungen (so der Volksabstimmung) gewählt worden sind. Unsere Genossen werden ihnen Gelegenheit geben, den Ernst ihrer Wahlversprechungen in ihrer Gesetzgebung zu beweisen. Sie haben 23 Anträge eingebracht, darunter folgende Forderungen: Achtstundentag für Arbeiterinnen; — neues Abschlagsentgelt für öffentliche Arbeiten ohne die kapitalistischen Schlupflöcher des jetzigen; — Höchsttarifzeit- und Mindestlohnfestsetzung für die dem öffentlichen Nutzen dienenden Privatbetriebe; — 36 stündige Wochenruhe; — 61 stündige Arbeitswoche für Päder; — Unterbindung und Verhinderung der bestehenden Arbeitsverträge; — Verzeiterung; — Verpflichtung, beim Suchen von Arbeitern vom Vorhandensein eines Streiks Kenntnis zu geben; — Beschränkung der Gesangenenarbeit auf den Bedarf des Staates; — wöchentliche Wohnung; — Beteiligung des „Verdammungs“gesetzes gegen streikende Arbeiter; — Fürsorge für Arbeitsfähige und Arbeitslose; — Gleichstellung der ausländischen Interaktionären der Unfallgehiteten mit den übrigen; — bessere Wohnungsverhältnisse für die in Eisenbahn- und sonstigen Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitertruppe.

Das Verbot von Studenten-Versammlungen. Aus Petersburg wird vom 25. Januar geschrieben: Der Kampf der Regierung gegen die Studentenschaft wird immer härter. Nachdem sie bereits Hunderte von Studenten mit Geld- oder Gefängnisstrafen belegt, nachdem sie mehrere Dutzende relegiert, begibt sie in die Vorbereitung verächtlich hat, kommt sie jetzt mit einem allgemeinen Verbot von Studentenversammlungen. Es heißt zwar in dem Beschluß des Ministerrates nur, daß studentische Versammlungen nicht mehr in den Räumen der Hochschulen abgehalten werden dürfen, aber dies kommt in Russland einem allgemeinen Verbot gleich, da fast alle jegliche studentische Zusammenkünfte erst recht am strengsten verfolgt wird. Der bereits offiziell verbotene Beschluß des Ministerrates bedeutet einen harten Schlag für das studentische Leben und für die akademische Freiheit. Gibt es doch in allen Hochschulen eine ganze Reihe von studentischen Einrichtungen, Hilfsklassen u. dgl., deren Tätigkeit von jetzt ab lahmgelegt wird. Der scharfe Ton, der im genannten Beschluß gegenüber den Hochschulverwaltungen und der Studentenschaft angeschlagen wird, die Drohung mit der Polizei und die Anweisung an diese, ohne Hörensatz sofort einzuschreiten, werden sicherlich nur dazu dienen, die Stimmung innerhalb der Studentenschaft zu verärgern. Unabsehbar sind aber die Folgen für jene Momente, da die Studentenschaft, durch außerordentliche Verwaltungen gerührt, ihren Gehörten in Demonstrationen Lust zu machen suchen werden. Die Zusammenkünfte werden dann unvermeidlich sein und schlagendvolle Krisen nach sich ziehen.

Der Aufstand in Arabien. Tausend 60.000 türkischen Soldaten des 1., 2. und 3. Armeekorps, welche zu Anfang Februar zu 6 wöchigen Übungen einberufen worden sind, werden wie verlautet, Mitte des Monats weitere 60.000 Soldaten zu Übungen einberufen werden. Ein Teil dieser Reservisten soll nach dem Fernen Osten gehen. Die Armeeführer wurden aufgefordert, das Maximum der bestmöglichen Aufhebungsmittel und Kontrakte für die nach dem Fernen abgehenden Truppen in kürzester Zeit zu liefern. Man hat berichtet, daß die Soldaten für die erste gegen die Araber erhaltene Militärexpedition sich auf 25 Millionen Franc belaufen werden. Geschätzte verlannt, daß die Regierung, wenn der Aufstand sich weiter ausbreiten wird, beschlossene, Jemen eine Autonomie zu verleihe, wie es heißt, daß der verwegene Araberminister Scheik Fehd und seine Anhänger im unruhigen Kanton Seggar dieses Planes. — Die Lage in Jemen wird immer kritischer. Die Soldaten werden von der

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 31. Januar.

Schnurrbart nicht gestattet.

In den jüngsten Tagen hat wieder ein Breslauer Professor erklärt, daß auf dem Lande niemand mehr arbeiten will, weil die Lage der Arbeiter geradezu trostlos und ein sozialer Aufstieg unmöglich ist. Die Junker bestreiten das freilich, aber jeder Tag bringt neue Beweise dafür, daß der Arbeiter auf dem Lande bis aufs Mark ausgebeutet, verachtet und unterdrückt wird. Man lese nur folgendes Inserat, das in der Sonnabend-Nummer des „Breslauer General-Anzeiger“ zu finden war:

Lebiger Rutscher

zum 1. April 1911 aus Land gesucht. Gewesener Kavallerist, Offiziersbursche, welcher auch Gartenarbeit übernehmen und servieren kann. Schnurrbart nicht gestattet. Gehalt monatlich 25 Mk., freie Station und Livree. Wäsche gewaschen. Angebote u. A. 2954 an die Exp. dieser Zeitung.

Also der Mann muß Rutscher sein, bei der Kavallerie gebient haben. Offiziersbursche gewesen sein, Gartenarbeit verstehen und servieren können! Aber einen Schnurrbart darf er nicht tragen, das leidet die „Herrschaft“ nicht. Mehr kann wirklich nicht verlangt werden! Und dafür die fürstliche Belohnung mit 25 Mark monatlich bei freier Kost, Wohnung und Livree. Es gehört wirklich junkerliche Dreistigkeit dazu, unter solchen Umständen zu bestreiten, daß auf dem Lande der Herrenlandpunkt und die arbeitserheblichen Vorrechte ganz unerhört vertreten werden.

*** Pachtland für die Eisenbahn.** Der Eisenbahnminister hat in einem Erlaß kürzlich Weisungen und Ratschläge gegeben, wonach den Arbeitern mehr als bisher Pachtland überwiesen werden soll. Ueber die Frage, wie das zu erreichen ist, äußert sich der Minister wie folgt: „Die die Gelegenheit im einzelnen Falle zu finden sei, muß der sorgfältigen Prüfung der königlichen Eisenbahndirektionen und der Amisvorstände überlassen werden. Es können sich zum Beispiel bei Anschlägen Anlagen Trennstellen ergeben, die der anschlussnehmende Grundbesitzer nicht mehr in früherer Weise verwerten kann. Auch wird sich beim Grundbesitzer, falls herartige Trennstellen nicht bei einer Enteignung ohnehin miterborden werden müssen und dann Dispositionsland werden, die Möglichkeit bieten, den Eigentümer zur Verpachtung von Flächen zu bestimmen, die für ihn unwichtig geworden sind. Namentlich werden entbehrliche Stücke benachbarter Staatsdomänen gewährt werden können. Die königlichen Eisenbahndirektionen wollen daher in geeigneten Fällen mit den königlichen Regierungen behufs Ueberlassung von Grund und Boden in Verbindung treten. Sollten die Verhandlungen mit diesen Behörden zu einem Ergebnis nicht führen, so sehe ich einem Verichte entgegen, um mich mit dem Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in Verbindung setzen zu können.“

Wir geben gern zu, daß ein Stück Land für die Arbeiter von Nutzen sein kann, wenn sie die nötige Zeit haben, es gut zu bebauern. Daneben sollte man aber nicht vergessen, dem Arbeiter einen angemessenen Lohn zu zahlen, was nach den Klagen der Eisenbahner leider oft nicht geschieht.

*** Um eine neue zweckmäßige Einrichtung ist Breslau** erreicht worden. Nachdem bereits vor längerer Zeit die Automobil-Droschken durch das Telefon bestellt werden können, hat jetzt auch der Verein der Taxameterfahrer 1. Klasse zu Breslau, E. W., an den Droschkenplätzen Markstraße, Ede Tiergartenstraße, und Steinstraße, Ede Kaiser Wilhelmplatz, je ein Telephonhäuschen errichten lassen. Die darin befindlichen Telephonscheiben dem Publikum zur telephonischen Droschkenbestellung unter den Nummern 8500 (Markstraße) und 9710 (Steinstraße) jederzeit kostenlos zur Verfügung. Gleichzeitig ist aber auch dem Publikum Gelegenheit geboten, die Häuschen als Fernsprechautomaten zur Abmeldung von Gesprächen im Bereiche der Droschkenzone Breslau und Deutsch-Bissa gegen Einwurf eines 10 Pf.-Stücks selbst zu benutzen.

*** Der Bund für Mutterrecht** hält in seinem Bureau Garvetstraße 29, wöchentlich vier Mal Sprechstunden ab, und zwar Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend von 5—6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

*** Wucher, Erpressung und Betrug.** Im September 1908 machte der Kaufmann Emanuel Weinbaum durch den Kaufmann Oskar Epstein nähere Bekanntschaft mit dem Mitangeber einer alten Glas- und Porzellan-Handlung auf dem Ringel. Der Sohn, der mit der Mutter das Geschäft seines Vaters weiterführte, war trotz eines großen Erbteils schon zu dieser Zeit in große Geldschwierigkeiten geraten. Er bot deshalb Weinbaum verschiedene Wechsel zum Kauf an. So übernahm B. zum Beispiel zwei Wechsel über 6000 Mark für je 5100 Mark auf drei Monate. Bei den anderen Wechseln handelte es sich um ähnliche Wucherzinsen. Die Geschäftverbindung bestand ungefähr ein Jahr. Im Jahre 1907 war Weinbaum auch mit einem in Geldnot geratenen Rittergutsbesitzer in Geschäftverbindung getreten. Bei diesem hatte er sich noch Erpressungen ausgedehnt kommen lassen, indem er ihm drohte, wenn er das Geld nicht zurückzahle, so werde er ihn wegen verschiedener lauter Sachen ins Gefängnis bringen. Auf Vermittelung der Frau des Rittergutsbesitzers kramte die Schwiegermutter 10.000 Mark, die auf einer Hegelei standen, vor, um den Schwiegersohn zu retten. Weinbaum hatte sich deshalb am Montag vor der Breslauer zweiten Strafkammer zu verantworten. Mitangeklagt war Kaufmann Epstein, der im Verdacht der Beihilfe stand. Das Gericht stellte im ersten Falle einstufigen Wucher fest. Gewerbsmäßiger Wucher sei nicht erwiesen. Im zweiten Falle liege Erpressung und Betrug vor. Es erkannte deshalb gegen Weinbaum auf eine Gesamtstrafe von acht Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, sowie Ehrverlust auf zwei Jahre. Epstein wurde freigesprochen. Der Antrag auf Kostenentlastung des Weinbaum wurde abgelehnt. Der Verhandlung, die 7 $\frac{1}{2}$ Stunden dauerte, wohnten zahlreiche Zuhörer aus der Straßenszene bei.

*** Eine leichtfertige Unterschrift** hatte ein Konditorbesther in Br.-Stargard gegeben. Am 14. Mai v. J. stellte sich bei ihm der frühere Provisionsreisende und jetzige Weinkaufmann Edward Riesenfeld ein, um ihm ein Weinangebot zu machen. Es handelte sich hierbei um eine Bestellung von 560 Flaschen Wein (24 verschiedene Sorten) zum Gesamtpreise von 976 Mark. Der Konditor will dies aber erst nachträglich gemerkt haben. Er behauptet, daß Riesenfeld nur von Kellamessigkeiten gesprochen habe, die er ihm unvorsichtigerweise. So viel Wein brauche er bei seinem Geschäft ja gar nicht. R. hatte sich deshalb wegen Betruges vor dem Breslauer 3. Hofe gerichtet zu verantworten. Er erklärte auf die Beschuldigung, daß der Konditor ganz genau gewußt haben müsse, was er unterzeichnet. Er habe ja selbst noch seine Frau um Rat gefragt. Der als Zeuge geladene frühere Chef bestundete, daß sich R. im Gehalt sehr gut fand und nur reize Geschäfte abließ. Der Prozeß auf Annahme des Weins gegen den Konditor sei allerdings vom Oberlandesgericht zu seinen Ungunsten entschieden worden. Den Zivilprozeß habe er aber nur deshalb gegen den Konditor angeklagt, weil er sich zur Entlastung der Unruhen bereit erklärte, woraus er ermahnt, daß der Konditor gewußt habe, was er bestellte. Das Gericht konnte sich von der Schuld des Angeklagten nicht über-

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Glauschitz, 31. Januar. Unter Veräufungsanzeichen verstarb hier am Sonnabend früh der 20jährige Bleicharbeiter Läubner. Freitag Abend erkrankten Läubner, sein Stiefvater F. Finger und dessen 17jähriger Sohn heftig. Die beiden letzteren wurden in das Dermo-Stift-Krankenhaus eingeliefert. Die gerichtliche Untersuchung ist bereits im Gange. — Es heißt, alle drei hätten Reis gegessen.

Glatz, 31. Januar. Erschossen hat sich der Maurer Sackenberg, der sich der hiesigen Polizei stellte und sich selbst begünstigt, in den-Mohran einen Mord begangen zu haben.

Krusdorf i. B., 31. Januar. Lebensmüde. Sonnabend früh wurde unweit der hiesigen Bleiche in Niederdorf neben dem Bahngleise durch einen Kaiser eine 17jährige Arbeiterin zu aufgefunden, in der die Frau Ernestine des Haushalters Wozel aus Glauschitz ermordet wurde. Ihre Leiche waren zerkratzt und sie wies Kopfverletzungen auf; die Verletzungen sind lebensgefährlich. Sie fand im Dermo-Stift Aufnahme. Die Verunglückte, deren Mann, mit dem sie gegen 20 Jahre verheiratet ist, schon längere Zeit erkrankt ist, hatte sich Nachts aus ihrer Behausung entfernt und war, anscheinend wohl in selbstmörderischer Absicht, auf das Gleis der Posenbergbahn, unweit der Bleiche gegangen. Hier ist sie vom letzten Nachzuge oder vom ersten Frühzuge überfahren worden.

Jauer, 31. Januar. Unfall auf der Eisenbahn. Einen schweren Unfall erlitt der Pfaffbahnwärter Winkler auf der Eisenbahnstrecke zwischen dem Rohwiser Keller und der Station Groß-Rosen. Winkler, der zwischen den beiden Gleisen in der Richtung nach Groß-Rosen ging, bemerkte bei dem stürmischen Wetter nicht das Herannahen des Lura nach 7 Uhr Abends von Jauer abgehenden Personenzuges. Er wurde von der Lokomotive derart angefahren, daß er zur Erde stürzte und einen Oberschenkel- und Kniebruch erlitt. Der Verletzte wurde von seinem Bruder in hiesiger Lage zwischen den Gleisen aufgefunden und in das Krankenhaus überführt.

Liegnitz, 31. Januar. Angenehme Erfahrungen bei der Kaisergeburtstagsfeier. Dem Rädermeister Ehepaar Heingelmann wurde bei der Kaisergeburtstagsfeier der 4. Kompanie des hiesigen Regiments ein Handtäschchen mit über 50 Mk. Inhalt gestohlen. Die Frau hatte das Täschchen in der Toilette liegen gelassen. Die leere Tasche wurde später auf dem Hofe gefunden. Von dem Gelde war natürlich keine Spur zu entdecken. Der Patriotismus der Bestohlenen soll einen derben Ruck erhalten haben.

Posen, 31. Januar. Vier Kinder erstickt. In dem Orte Schepanowo bei Gnesen machten sich die vier im Alter von ein bis fünf Jahren stehenden Kinder des Arbeiterpaares Swietel, als sie sich allein in der Wohnung befanden, am Ofen zu schaffen, wobei glühende Kohlen herausfielen. Es entstand ein Stubenbrand, bei dem die vier Kinder infolge Erstickung ums Leben kamen.

Posen, 31. Januar. Des Gattenmordes verdächtig. In einem Garten des Dorfes Dabowoy-Mühle bei Gnesen wurde der in den zwanziger Jahren stehende Gärtner Johann Blaszyk ermordet aufgefunden. Als Mörderin wurde die eigene Ehefrau und wegen Beihilfe zum Tode deren Eltern verhaftet.

Sissa i. P., 31. Januar. Tod im Eisenbahnhause. Sonntag Nachmittag wurde auf dem hiesigen Bahnhof in einem Wagen 3. Klasse eine männliche Leiche in sitzender Stellung vorgefunden. Aus den bei ihr vorgefundenen Papieren wurde festgestellt, daß es sich um einen Lehrer aus Rawitsch handelt. Unheimend ist der Lehrer an Derslag gestorben.

Wollstein, 31. Januar. Eisenbahnunfall. Bei der Einfahrt in den Bahnhof Delencin der Strecke Sissa-Meseritz-Landsberg a. W. entgleiste am Montag ein Güterzug. Die Maschine und acht Wagen wurden dabei auch dem Gleise geworfen und mehrere Wagen zertrümmert. Der Schaffner E. D. nig aus Sissa erlitt bei dem Unfall tödliche Verletzungen. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht festgestellt.

Briefkasten

G. 2. 100. Der Mann ist nicht berechtigt, Sie wegen dieser Abgel zur Rede zu stellen und sie zu beschlagnahmen. Sollte es doch geschehen, so beschwören Sie sich beim Amtsrichter oder Landrat.

Alpine. 1. Unterschlagung verjährt in 5 Jahren. 2. Rathhaus. Wer aus der Kirche ausgetreten ist, kann nicht mehr als hiesiger Kaufmann auftreten.

Drei Streitende. 1. Ja, Sie müssen bei der Personstands-Aufnahme mit angeben, daß Ihre Frau arbeitet und für welchen Arbeitgeber. 2. Kommt keine Ehefrau zustande oder nur für kurze Zeit, so muß der Pächter um Erlaß der Nacht oder um Ermäßigung einkommen und der Magistrat entscheiden.

F. Ursulinerstraße. Ihr Eingekauft eignet sich nicht zur Verpfändung, da man den Lenten darüber keine Vorschriften machen kann.

Königsbütte. Nein. Ph. 100. 1. Die Frau war nicht berechtigt, das Geld abzugeben und muß es zurückzahlen. 2. Ja, Unkosten entstehen Ihnen dadurch nicht.

E. R. Töpfer. Wenden Sie sich an den Regierungspräsidenten in Breslau.

W. G. 56. 1. Invalidenrente bekommt, wer 200 Markten geliebt hat und erwerbsunfähig ist; wer jetzt Altersrente haben will, muß mindestens 800 Markten nachweisen. 2. Die Hinterlassene, die in Ihrem Falle im Wege stehen, kennen wir nicht. Geben Sie uns genau an, wie die Sache steht, worauf wir Ihnen näheres sagen werden.

Sissa i. P. Solche Verträge, wonach Kellner von ihrem Trinkgeld noch einen Teil an den Arbeitgeber abgeben müssen, sind leider unzulässig.

Ph. 100. Der Lieberabend des Vereins kann ohne weiteres abgehalten werden; es ist nicht nötig, die Polizei zu bitten, daß sie ihn erlaube.

Ph. 2. In diesem Falle wird das Mitglied auch unterstützt, bekommt aber ein geringeres Krankengeld als Wundheilung der Kasse. Das volle Krankengeld würde das Mitglied nur dann bekommen, wenn die Mitgliedschaft fortgedauert hätte und nicht eine Parteimitgliedschaft vorläge.

Verantwortlicher Redakteur: Reichhold Dars. — Redaktion und Expedition: Neue Hauptstraße 7. — Druck von Oskar Schö. — Druck von Th. Schacht. — Anstalt in Breslau. — Siegen 2. Schöngen.

Aus der Geschäftswelt.

Bleikame Nähr- und Kräftigungsmittel sind notwendig, aber auch selten. Von den wenigen, gediegeneren Präparaten hat sich das glycerinfreie, lösliche, saure Calciumgluconat-Eubiose von Dr. Heinrich Schweiger durch seine hervorragende Güte im Laufe vieler Jahre in steigendem Maße eingeführt und wird heute nicht nur von angesehenen Ärzten häufig verordnet, sondern auch in vielen Kliniken, Krankenhäusern, Sanatorien als erfolgreiches Blutbildner verwendet. Darum kann Eubiose allen Entkräfteten, Mangelkranken, Nerven- und Magenleidenden, Hysterischen, Genußenden, Mangelnden, Mageren, sowie allen, die einer Kräftigung bedürfen, nicht dringend genug empfohlen werden und schon der kleinste Versuch wird die Güte dieses Präparates unabweisbar erkennen lassen. Eubiose ist erhältlich in Apotheken und Drogerien oder auch ohne Rezepturen von der Eubiose-Fabrik Dr. Heinrich Schweiger, Klein-Flottbeck bei Hamburg.

Am 29. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Zigarrenmacher
Hermann Berner
 im Alter von 53 Jahren. 514
 Ein dauernd ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Genossinnen und Genossen
 des Sozialdemokratischen Vereins, Distrikt VIII.

Recht hat

jede Dame, sich die
unerreichten Vorteile
 welche unser

Grosser Inventur-Ausverkauf

vom
30. Januar
 bis **4. Februar**

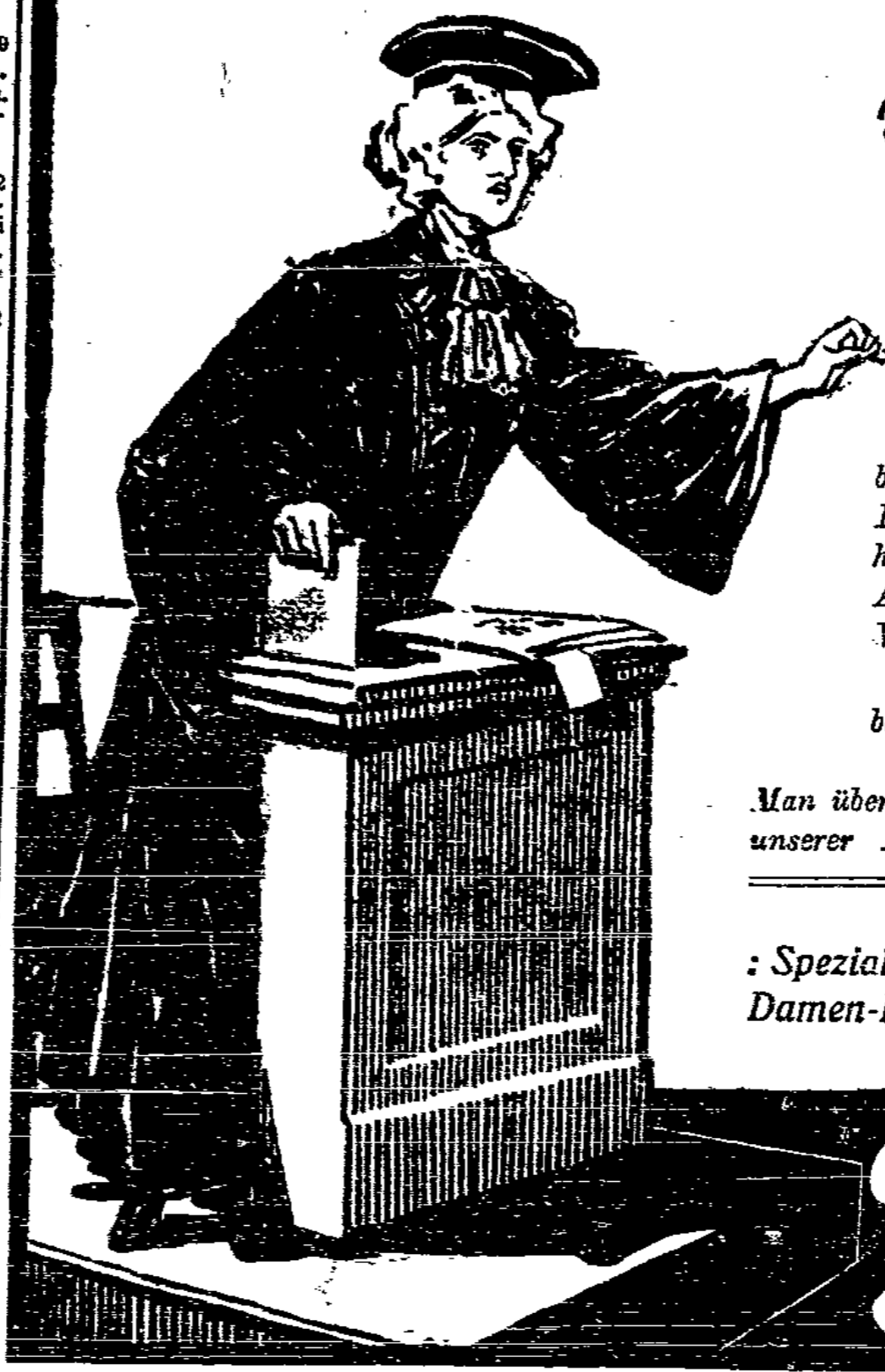
bietet, wahrzunehmen. — Die gesamten Waren-Bestände sind bis zur Hälfte und darunter im Preise herabgesetzt, so dass unser diesjähriger Inventur-Ausverkauf sämtliche ähnlichen Veranstaltungen bei Weitem übertrifft.

Es erübrigt sich, aus der Fülle des Gebotenen besondere Beispiele anzuführen.

Man überzeuge sich durch Besichtigung unserer Auslagen und unserer Läger; letzteres ist ohne jeden Kaufzwang gern gestattet.

: Spezialhaus für :
 Damen-Konfektion

Ohlauer Strasse 7
 part., I. u. II. Etg.



Felix Rösel

Stadt-Theater.

Dienstag 7 1/2 Uhr:
 „Der Waffenschmidt“.
 Mittwoch 7 1/2 Uhr:
 Singspiel Friedrich Plischke,
 „Der fliegende Holländer“.
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:
 „Auldbruder“.

Lobe-Theater.

Dienstag 7 1/2 Uhr:
 „Das Musikantenmädchen“.
 Mittwoch 7 1/2 Uhr:
 „Zigeunerliebe“.
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:
 „Das Musikantenmädchen“.

Thalia-Theater.

Mittwoch:
 Gruppe G. 2. Vorstellung:
 „Kabel und Liebe“.
 Freitag:
 Gruppe E. 2. Vorstellung:
 „Kabel und Liebe“.
 Sinfonienlauf am Tage der Vorstellung
 von 10-2 Uhr im Stadt-Theater und an
 der Abendkasse im Thalia-Theater.

Schauspielhaus

Dienstag 7 1/2 Uhr:
 „Quo vadis?“
 Mittwoch 8 Uhr:
 „Kreuzblut“.
 Donnerstag 8 Uhr:
 „Gans der Adenpieler“.

Loblich's Etablissement.

Telephon 1846.
 Dienstag, den 31. Januar 1911.
!! Letzter Abend !!
Die G'schamige.
 Martin Kempinski
 etc. etc. etc.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater

Neues Programm!
10 hervorragende 10
Grand-Acte. 10
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Sonst wochentags gültig.

Zeltgarten

Dir. H. Krausnik.
Letzter Abend:
Das tadellose Programm
 Morgen Mittwoch:
Neue Spezialitäten.

Palmengarten.

Dir. H. Krausnik.
 Heute Dienstag:
Größtes Bockfest
 in München
 Argemütlich.
Damen-Trompeten-Korps.
 Eintritt frei.

Zirkus Busch

Beste und die interessantesten Tage
 abends 8 Uhr:
Grosse Gala-Vorstellung.
 2. Original-„Königliche“
 bei Zirkus Busch 501

Farmerleben

mit **Jack Joyce**
 dem tollkühnen amerikanischen Cowboy
 mit seinen wilden Pferden.
Die Siebenringelant.
 Theater hat ausserordentlich
 Programm.
 Abends 8 Uhr Tagesspiel.

Wie wieder

...
 ...
 ...

Schöne Mästen

von 1 Mr. [419]
 verabreicht B. Eloner, Garten 24.
 Koch empfehle ich mich, J. Pfeifferer u. Masten.

Tüchtige Hofenwärmerin

sucht Steinmetz, Marktstraße 10. [492]
 Ich kauft geb. Möbel bei
 bidalla, Fortreise.
 Friesenfall, Montag, heute gg. Wohn-
 Einrichtung, geg. sofort. Zahlung.
 Wähler, Gartenstraße 36. 512

Bess. Backwarengeschäft

frühere Eristen, i. 1. Berl., anst. Wöln., S. J.
 verl. Friedrich-Wilhelmstr. 87. [420]

Gelegenheitslauf

2 Wettstil, m. Wtg. [420]
 1 Christelougar,
 1 Tisau h. zu verkaufen bei 281
 Greiner, Alexanderstraße 18.

Stangen u. Stiele

aller Art sofort billig zu verkaufen. [510]
 Ga. E. Rother, Neumarkt-Süde.

Gebr. bill. Möbel!

Schränke, Sofas, Tische, Spiegel, Vertil.,
 Stühle, Bettstellen, Federbetten zu ver-
 kaufen. Friedrichstraße 66 512

Schweinefleisch

Bauch 50 Pf., Schenkel, Schulter,
 Rente 65 Pf., Rindfleisch 65 Pf., ohne Knochen,
 85 Pf., Rindfleisch 90 u. 85 Pf., Rindfleisch
 70 Pf., alles andere 75 Pf., Rind-
 fleischen ohne Knochen 90 Pf., Geflügel,
 Zerhacktes, Scher u. Braten 70 Pf.,
 ungeschlachtet 85 Pf., Speck 70 Pf. [508]
 Robert Ditz, Fleischmarkt, Treibitzstr. 16.

Spezialtag

Jeden Mittwoch und Freitag:
Spezialtag
 H. Leber- und Fleischmarkt
 nach Thüringer Art. Mettwurst
 1/4 Pfund 20 Pf.
 Bei ein Pfund-Entnahme 75 Pfennig.

Hildebrand,

Reichensbergerstraße 4 und
 beide Buchhöfen. 503

Wohlfeil

reelle und
 gütige **Möbel**
 kaufen will, komme mir zu [6653]

Siegfried Brieger

Suppenküchenschraube 24.
 Begründet 1852. Telefon 9177.
 Zahlung und Bereinigung.
 Preisliste gratis und franko.

Bettfedern und fertige Betten.

Spez. Brandentfaltung.
 Preisliste gratis und franko.
 Julius Immerstück
 Str. 32/33

Bier-Lieder

100 Stück 80 Pf. an
 Bier-Lieder
 Stück von 2 Pf. an
 Speise-Karten
 100 St. u. 50 Pf. an.
 H. Farnier, Breite-
 Str. 6.

Kleiderstoffe

Durchschnittspreis je l. mtr. 90 Pf.
Damenkleiderstoffe
 in aparte Muster
 Serie A ... Wert bis Mark 25
 jedes Kleid für Mark 8.25
 Serie B ... Wert bis Mark 32.50
 jedes Kleid für Mark 12.50

Blusenstoffe

geschmackvolle Muster 30
 Wert bis Mark 350
 jede Bluse Mark 1.35

Rauschke-Lauben,

...
 ...
 ...

Achtung! Maschinenisten und Heizer der

Binnenschiffahrt sowie der stationären Betriebe.

Mittwoch, den 1. Februar 1911, **Verammlung**
 abends Punkt 8 Uhr:
 in Breslau bei Gattwitz Geilich, Leuthenstraße.

- Tagesordnung:**
1. Wirtschaftliche und soziale Lage der Maschinenisten und Heizer in Schiffahrt und Industrie.
 2. Freie Diskussion.
 3. Allgemeines.
- Referent: Kollege Scheffel-Berlin.
 Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser Verammlung zu er-
 scheinen.

Tschirn-Versammlung in Beuthen O/S.

am Freitag, den 3. Februar 1911

im großen Saale des Hotels „Kaiserhof“, früher „Cassioeci.“

Friedrich der Grosse in Beuthen.

Eintrittskarten im Vorverkauf à 30 Pf., Loge à 75 Pf. in den Zigarrengeschäften von J. Spiegel, am Boulevarde und Ad. Kirschner, Bahnhofstraße.
 An der Abendkasse 50 Pf. und 1.— Mf.

Nähr- und Kräftigungsmittel

...
 ...
 ...

Handlung Volkswach

Christbaum und Ge-
 schenke von J. Rod. 0.10

Handlung

Carl Rother & Rode

Handlung

...
 ...
 ...

Beauvaisische Musikant „Nussbaum“, Schmiedebrücke 20.

den 1911: Gr. Bodjeß wogu freundl. einladet
 Rud. Klaus.

er od. Sortierer

...
 ...
 ...

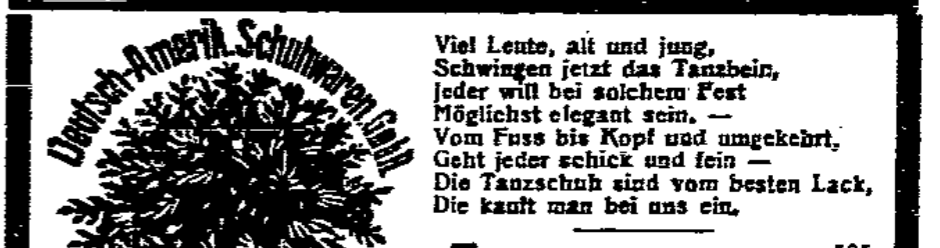
Gr. Dresdner, Zigarrenfabrik

Brieg, Bezirk Breslau.

Fleisch billiger!

Schweinebauch p. Pfd. 60 Pf.	Speck p. Pfd. 70 Pf.
Schuppbraten	extra stark 75 "
und Schinkenstück 70 "	Prima ausgelassenes 90 "
Suppenfleisch 70 "	Schweinefett 70 "
Roastbeef und Rippe 80 "	Preß-, Leber- und 70 "
Rindfleisch ohne Knochen 90 "	Mettwurst bei 5 Pfd. 65 "

515 Fleischerei Alsenstrasse 66 (Ecke Bojenerstraße).



Ursor

in Nussbaum,
 Schmiede-
 brücke 20.

Saison-Ausverkauf

schliesst mit
10 billigen Schabtagen.

Um Platz für herankommende Frühjahrswaren zu schaffen, ver-
 kaufen wir in unseren

20 Schmiedebrücke 20, im Nussbaum,
41 Gräbschenerstrasse 41, Ecke Friedrichstr.,

enorm billigen Preisen.

Elegante Herren-Schuhstiefel mit und ohne Lackkappe jetzt 6.75
 sonst 10.50
 Elegante Damen-Schuhstiefel mit und ohne Lackkappe jetzt 5.95
 sonst 8.50

Original-Goodyearwelt-Stiefel

schwarz und braun, eleganteste Formen, mit und ohne Lackkappe,
 leichte Lederarten, jetzt

für Damen 10.50 für Herren 11.50

Reizvoller Herren-Spangenschuh mit Lederfutter und Absatz jetzt 2.50
 sonst 3.90
 Bekannte Herren-Spangenschuh aus bestem Lack- und Brozeleder, modernste Form, sonst 9.00 jetzt 6.50

Lack-T-Schuhe, schöne Formen, von 1.95 an.

Ein Posten Herren- u. Damenstiefel, kleine Größen, für
 Konfirmanten geeignet, zu jedem annehmbaren Preis.
 Knaben-, Mädchen- und Kinderstiefel, Hausschuhe
 und andere Artikel bedeutend billiger.

Gummischuhe

Herren Damen
 2.25 1.65

Der Verkauf zu obigen Preisen beginnt am 31. Januar.

Deutsch-Amerik. Schuhwaren.

20 Schmiedebrücke 20, im Nussbaum,
 41 Gräbschenerstrasse 41, Ecke Friedrichstrasse.

Ein Beitrag zur Fabel von der „freien wissenschaftlichen Forschung“.

Durch seine in der Tagespresse viel erörterten Veröffentlichungen über die Verwendung der Propaganda-gelder des Kalisyndikats hat Professor v. Soghlet nicht nur nachgewiesen, daß der Bund der Landwirte und die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, die angeblich auch die Interessen der Kleinbauern vertreten, im Grunde genommen nichts weiter sind als bezahlte Kallagenten, sondern er hat auch gleichzeitig den Morienschein von einer Persönlichkeit genommen, die seit mehr denn zwei Jahrzehnten als erste Autorität auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Düngereinsatzes galt. Es ist Geheimrat Professor Dr. Wagner-Darmstadt, den Soghlet gewissermaßen entlarvt hat. Lassen wir zunächst das Tatsachenmaterial reden! Der „Magdeburgerischen Zeitung“ vom Dienstag, den 10. Januar, schreibt ein Eingeweihter:

In seiner Schrift „Aufklärung über die Propagandagelder des Kalisyndikats“ hat v. Soghlet den Vorstand der Groß-Veruchsstation in Darmstadt, der G. S. Hofrat Prof. Dr. W. Wagner, als den Erfinder der Propagandagelder bezeichnet, weil er im Jahre 1887 die Düngergelder um Gelder zu dem von ihm in einer Druckschrift angegebenen Zweck „anbettele“, nämlich, um durch Düngungsverläufe und belehrende Schriften den Abfall des Kunstdüngers zu fördern und eine Preissteigerung herbeizuführen. Es wurden ihm auch 33.000 Mark bewilligt, wozu die Salpeterinteressen 10.000 Mark, das Kalisyndikat 8000 Mark beisteuerten, und zwar unter der Bedingung, daß eine Kommission aus der Mitte der Geldgeber ihm „bezüglich der Maßnahmen zur Förderung des Verbrauchs von Handelsdüngern beratend zur Seite stehen solle.“ Soghlet kritisiert dieses Abhängigkeitsverhältnis eines Forschers von Düngefabrikanten sehr scharf und abfällig. Wagner wandte sich darauf an den Verband der landwirtschaftlichen Versuchstationen im deutschen Reich mit dem Ersuchen, „die Angelegenheit in einer ihm befriedigenden und das Ansehen des Verbandes schützenden Weise zu ordnen.“ Er bezeichnet das ihm Vorgehaltene als „Beschuldigungen schwerster und unglaublicher Art.“ Der Verband trug ihm auf, die Angelegenheit durch eine Disziplinarmessung zu klären, die er bei seiner vorgelegten Behörde gegen sich beantragen sollte. Wagner legte dies ab und erklärte seinen Austritt.

Soghlet erhob dann gegen Wagner zwei neue Anklagen: Er habe unter Mitwirkung der Thomaspfahabfabriken Berlin, G. m. b. H., seinen Kollegen eine „Vergierprobe“ zur Untersuchung gefandt, ihnen damit eine Falle gestellt und dabei nicht als redlicher Mann gehandelt, wissenschaftliche Unwahrheit gesagt und weiterhin von ihm veröffentlichte Tabellen gefälscht. Wagner mußte die Tatsache selbst eingestehen, wenngleich er sie als ziemlich harmlos hinzustellen versuchte.

Der „Verband landwirtschaftlicher Versuchstationen im deutschen Reich“ hat sich jedoch mit Wagners Austritt nicht zufriedengegeben, sondern in seiner eigens zu diesem Zwecke am Sonnabend, den 7. Januar 1911, nach Berlin einberufenen General-Verammlung folgenden Beschluß gefaßt:

„Die direkten und indirekten Anschuldigungen, die Geh. Hofrat Prof. Dr. Soghlet in seiner „Aufklärung“ und in späteren Schriftsätzen gegen Geh. Hofrat Prof. Dr. Wagner, Vorsteher der landwirtschaftlichen Versuchstation in Darmstadt, erhebt, gehören nach Ansicht des Verbandes landwirtschaftlicher Versuchstationen zu den schwersten, die einem wissenschaftlichen Forscher werden können. Auch Wagner selbst erkennt sie als „ungeheuerliche Anschuldigungen“ an. Zum größten Bedauern der Verbandsmitglieder hat Wagner weder durch eine Beilegungssache gegen von Soghlet, noch durch ein gegen sich bei seiner vorgelegten Staatsbehörde zu beantragendes Disziplinerverfahren, noch auf einem anderen Wege versucht, den Behauptungen von Soghlet so entgegenzutreten, wie es ihre Schwere erforderte. Die Aufforderung des Verbandsvorstandes, durch ein von Wagner zu beantragendes Disziplinerverfahren die unbedingt nötige Klärung zu

schaffen, hat Wagner mit seinem Austritt aus dem Verband beantwortet.

Der Verband landwirtschaftlicher Versuchstationen im deutschen Reich ist jedoch berufen, noch Instande zu unter-suchen, ob und inwieweit die Soghletschen Behauptungen in der „Aufklärung“ begründet sind oder nicht; er hält es aber im Interesse des Ansehens der in ihm vereinigten landwirtschaftlichen Versuchstationen für seine Pflicht, öffentlich zu erklären, daß es für ihn kaum schwerere Beschuldigungen eines Versuchstationleiters gibt, als die gegen Wagner erhobenen.

Die von v. Soghlet aufgedeckten und von Wagner zugestanden unredlichen Veränderungen von Tatsachenmaterial herbeizuführen den Verband für sich und die ihm angehörenden Versuchstationen jede Gemeinschaft mit Wagner aufzugeben und ihn demgemäß aus dem Verband auch noch nachträglich auszuschließen.“

So also steht dieser viel gerühmte Forscher aus! Man bedenke: Fast alle seine „wissenschaftlichen“ Arbeiten wurden in den von der D. L. G. herausgegebenen Heften veröffentlicht; er war der erste Berater der Düngereiteilung dieser Gesellschaft, deren Schirmherr bekanntlich Wilhelm II. und deren alljährlich wechselnder Präsident stets eines der gekrönten Häupter Deutschlands, zurecht, o Ironie des Schicksals, der Großherzog von Hessen ist! Daß die Ent-larung Wagners äußerst kompromittierend für die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft ist, ist hiernach ohne weiteres klar, am schwersten aber trifft der Schlag diejenigen Düngerproduzenten, die, wie die Salpeterdelegation und das Kalisyndikat, fast ihre gesamte Propaganda auf die wissenschaftlichen Leistungen Wagners gründeten. Was man hier von zu halten, hat, ist, nach seinem Eingeständnis, unredliche Veränderungen von Tatsachenmaterial vorgenommen zu haben, für jedermann ersichtlich.

Erfreulich ist zweifellos das scharfe Urteilen des Verbandes landwirtschaftlicher Versuchstationen von Wagner, denn es zeigt deutlich, daß die von ihm betriebene Forschungsweise selbst unter bürgerlichen Elementen Abstoßen erregt, und läßt die Hoffnung zu, daß unter seinen früheren Kollegen sich nur Leute befinden, die es mit ihren Forschungen ernst nehmen. Bedauerlich ist, daß über Wagners Fälschungen nicht schon früher etwas bekannt wurde, zumal für jeden, der mit den Arbeiten an landwirtschaftlichen Versuchstationen vertraut ist, kein Zweifel bestehen kann, daß Wagners sämtliche Assistenten Kenntnis von seinem Tun und Treiben hatten. Immerhin ist es einigermassen erklärlich, daß keiner derselben es wagte, gegen Wagner vorzugehen, da er Gefahr lief, sein eigenes Leben zu vernichten, wenn es ihm nicht gelang, die nötigen Beweise gegen Wagner zu erbringen. Allem Anschein nach wird jedoch eine im Besitz der Frau Dr. Dorisch, Witwe eines früheren ersten Assistenten von Wagner, befindliche Urkunde, mit dazu beitragen, die Sachlage zu klären, da sich die Staatsanwaltschaft mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Die heftige Regierung hat die nachträglich von Wagner gegen Soghlet angestregte Beleidigungssache als im öffentlichen Interesse liegend aufgegriffen und angeklagt, daß sie auch wegen einer im Druck befindlichen neuen Schrift Soghlets, in der bewiesen wird, daß Wagner eine große Anzahl von Tabellen, die er in einer Pretschrift veröffentlichte, zu Gunsten des Vereins der Thomaspfahabfabriken fälschte, gegen Soghlet Klage erheben wird, um eine gründliche, gerichtliche Klarstellung der Angelegenheit zu erzielen. Daß diese nicht günstig für Wagner ausfallen wird, scheint schon jetzt gewiß; denn die vorläufigen Feststellungen, die die heftige Regierung auf eine Anfrage in der zweiten heftigen Kammer bekannt gab, zeigen, daß Wagner sich in seinen an die Presse versandten Erklärungen in vielen Punkten nicht an die Wahrheit gehalten hat.

So entrollt sich hier dem unbefangenen Zuschauer ein Bild, das jeden mit Grausen erfüllen muß, der noch so

überzeugt war, an die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung zu glauben. Wir Sozialdemokraten haben keinen Grund, uns weiter darüber aufzuregen, denn wir wissen ja, daß in der heutigen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, wo Profitgier und Habgier die treibenden Kräfte sind, solche Vorkommnisse unausbleiblich sind. Ihre Aufhebung aber muß uns mehr und mehr anstreben, mit aller Kraft auf unser Endziel, die sozialistische Wirtschaftsordnung, hinarbeiten. Erst nach Erringung dieses Zieles wird wirkliche Freiheit auch in der wissenschaftlichen Forschung bestehen, da jeder bei gesichertem Lebensunterhalt in der Lage sein wird, sein Können ohne Einschränkung in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Dr. Ip.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 31. Januar.

Geschichtskalender.

1. Februar.

1605 Der Maler Oswald Achenbach f.
1910 Der Dichter Otto Julius Bierbaum f.

Breslauer Waldschule.

Die Charlottenburger Stadterwaltung hat bereits vor Jahren eine Waldschule für schwächliche Schulkinder eingerichtet und damit die besten Erfahrungen gemacht. Auch in unseren Volksschulen ist, wie der Breslauer Magistrat schreibt, eine nicht geringe Anzahl von Kindern, deren Gesundheitszustand es dringend notwendig macht, sie nicht gemeinsam mit den übrigen Schülern in geschlossenen Schulklassen zu unterrichten. Die Luft in einem Schulzimmer, in dem 50 bis 60 Schulkinder sich den ganzen Vormittag über aufhalten, ist für diese Kinder besonders schädlich, und die Anstrengungen des Unterrichtes sind für sie zu groß, als daß sie dauernd mit Aufmerksamkeit folgen können. Es sind vornehmlich die Kinder, deren chronische Krankheiten nicht gerade die Unterbringung in einer Krankenanstalt notwendig machen, die aber doch zu schwächlich sind, um in ihrer Schulausbildung mit den Gesunden vorwärts zu kommen. Der Verbleib in den starkbesetzten Klassen bringt es häufig mit sich, daß sich bei diesen Kindern aus ursprünglich leichteren Leiden allmählich schwerere entwickeln. Diese Kinder von den übrigen zu trennen und sie in reiner Luft unter tunkstlicher Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand gemeinsam zu unterrichten, liegt ebenso sehr im Interesse der gesunden, wie der kranken Kinder, wie auch der Schulerwaltung selbst.

Ein Ausschuss des Magistrats hat zunächst der Ansicht zugeneigt, daß eine Waldschule in waldreicher gebirgiger Gegend, zum Beispiel Obernig, Remberg, Zobten, die das ganze Jahr hindurch geöffnet sein sollte, zu erstreben sei. Wegen der bedeutenden Mittel, die dafür nötig wären, hat man jedoch davon abgesehen. Der Ausschuss ist deshalb nach längerem eingehenden Erörtern zu dem Ergebnisse gekommen, zunächst nur für eine Beschulung der während der Sommermonate in den Erholungsstätten in Ostwik und Carlwik untergebrachten schulpflichtigen Kinder Sorge zu tragen. Der bisherige Unterricht war aber nur ein einfacher, da die verschiedenen Altersstufen der Kinder eine sehr oberflächliche Klasseneinteilung erlaubten, und die Kindergärtnerinnen aus Mangel an schultechnischen Kenntnissen einen schematischen Lehrplan nicht innehalten konnten. Abgesehen davon, daß eine Lehrkraft für diese Anforderungen überhaupt nicht ausreichte, fehlte es auch an den nötigen Lehrmitteln. Der erteilte Unterricht konnte daher nicht mehr leisten, als den Kindern eine gewisse

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der Bildhauer Gaudreier f. Montag früh ist in Charlottenburg nach langem und schweren Leiden Professor Emil Gaudreier, der bekannte Bildhauer, Mitglied der königlichen Akademie der Künste und Direktor des Kunst-Museums in Berlin, gestorben. Er hat ein Alter von 65 Jahren erreicht. — Des Künstlers Bedeutung lag in der monumentalen Plastik. Seine bekanntesten Werke sind das Kuffhäuser-Denkmal, das massige Kaiser-Denkmal am Deutschen Eck bei Koblenz und die Nierenstatue der Carolina auf dem Alexanderplatz in Berlin.

Der Radierer Heinrich Sidmann f. Dem Kupferstecher Gustav Eilers ist am Sonntag einer der üchsten längeren Staphylier Berlin in den Tod gefolgt, der Radierer und Maler Heinrich Sidmann. Der Künstler starb im Alter von nur vierzig Jahren an den Folgen einer Blutvergiftung. Er war Meisterschüler von Professor Ludwig Voeltz in Würzburg. Dann siedelte Sidmann nach Berlin über und machte hier ein Schilleratelier auf. Mit seinen archaischen und materialen Arbeiten, die auf den großen Berliner Kunstausstellungen und den Schwarz-Weiß-Ausstellungen der Berliner Sezession stets gern gesehene Gäste waren, schuf er sich einen guten Namen.

Ueber „Kriminalpsychologie in Gestalt Hauptmanns Dramen“ sprach der bekannte Staatsanwalt Dr. Erich Wulffen in der Reihe des Berliner Vereins junger Juristen. Der geistvolle Dresdener Jurist, in dessen Person der Dichter einen so eigenartigen und einzigartigen Bewunderer findet, gab im Anschluß an sein bekanntes Buch eine Analyse sämtlicher Hauptmannsdramen. Neu und besonders interessant war die kriminal-psychologische Studie über die „Ratten“. Die bittere Komik dieser Tragödie, in der ein Gewohnheitsverbrecher und eine Selbsterlösbereberecherin mit absoluter Lebenswahrheit gezeichnet sind, steht Wulffen darin, daß gerade aus der guten Absicht, das uneheliche Kind zu versorgen, Unheil empoworwächst. Denn unser Paragraf über Personenstandsverfälschung ist ganz erbarungslos. Wer ein Kind auf dem Standesamt wahrheitswidrig als sei eigenes angibt, gleichviel aus welcher Ursache, wird mit Gefängnis bestraft. Der Vorwurf zum Schweizer Strafgesetzbuch enthält an der betreffenden Stelle die Bemerkung, daß bei Personenstandsverfälschung „aus achtungswerthen Motiven“ eine Selbststrafe eintritt. — Es wäre nur zu wünschen, daß dies hier zum ersten Male aufstrebende Wort von den achtungswürdigen Motiven auch in die Gesetzgebung anderer Länder überginge; es würde sich ohne Zweifel an den verschiedenen Strafsystemen ein fruchtbarer Austausch erweisen. Unser deutscher Gesetzgeber ist leider bei der Personenstandsverfälschung ohne Rücksicht geblieben.

Wenn Hauptmann im Reichsjustizamt als juristischer Weirat Geltung hätte — freilich ein etwas lächerlicher Gedanke — so würde die Sache vielleicht ein wenig anders ausgehen. Aber man kann in der Tat in allem Ernst ganz allgemein verlangen, daß etwas Künstlerisches in unter Strafbestrafung hineinmische; denn nur so wird das rein menschliche Mitleid mit dem Schicksal des Verbrechers immer seinen rechten Ausdruck finden. Das tiefe Wort des Mörders Bruno Michels: „Wenn es garnicht mehr geht, braucht ihr mich“, in dem sich der Verbrecher als suchbarer Notwendigkeit empfindet, sollte auch in juristischen Kreisen nicht vergessen werden.

Aus aller Welt.

Die Studentenunruhen in Krakau. Die Merikalen Studenten waren Montag früh schon um 6 Uhr vor der Universität. Sie waren in Stärke von 200 Mann erschienen, um die Vorlesungen zu ermöglichen, und sie begaben sich in die Hörsäle, um die vorderen Reihen einzunehmen. Die fortschrittlichen Studenten erschienen erst eine Stunde später. Inzwischen waren alle Eingangsstore zur Universität verriegelt worden, so daß die Tore nicht geöffnet werden konnten. Die fortschrittlichen Studentenschaft sammelte sich vor der Universität an, wo auch ein großes Polizeiaufgebot erschien. Inzwischen erschienen auch Studenten, welche mit dem Streit nicht einverstanden sind. Hunderte von Polizisten bildeten einen Korridor, hinter welchem sich die Studentenschaft ansammelte. Einige Professoren, welche vor der Universität erschienen, mußten sich wieder nach Hause begeben. Um die Mittagsstunde gelang es einigen Professoren, durch ein inzwischen geöffnetes Tor in das Innere der Universität zu gelangen. Dort hielten sie vor den Merikalen Studenten Vorlesungen ab. Der fortschrittlichen Studentenschaft bemächtigte sich eine große Aufregung, sie sangen nationale Lieder, dann drangen sie vor, schlugen die Tore ein und unter großen Lärm führten sie in das Innere des Hauses, wo sie mit Gewalt die Vorlesungen, die in einzelnen Sälen gehalten wurden, verhinderten. Mittags 12 Uhr herrichte in der Universität ein wildes Durcheinander. Die fortschrittlichen Studenten vertrieben die Merikalen Studenten aus den Hörsälen und hielten jetzt eine Protestversammlung ab. Sie haben sich in der Universität in Permanenz erklärt. — Die Studenten der Bemberger Hochschule versammelten sich, um darüber zu beschließen, ob sie sich dem Streit der Krakauer Studenten anschließen oder nicht, und eine entsprechende Beschlusse fassten.

Die Vorgänge an der Krakauer Universität sind ein Symptom des großen Entschleunigungskampfes gegen die Merikalifizierung der Hochschulen, den die fortschrittlichen Elemente in Österreich zu führen gezwungen sind. Tatsächlich sucht der Merikalismus die Universitäten völlig in seine Gewalt zu bekommen. Vater Zimmermann, dessen Berufung auf die Lehrkanzel für die christlich-soziale Wissenschaft den Anlaß zu den Streikunruhen gegeben hat, ist in der wissenschaftlichen Welt ziemlich unbekannt. Seine bisherige Tätigkeit wird höchst abfällig kritisiert. Er hat hauptsächlich einige agitatorische Merikale Broschüren geschrieben und in Wien eine christlich-soziale Zeitschrift redigiert. Auch hat er einen Roman geschrieben, in dem er unter dem Titel „Meine Dame, ein Beitrag zur Psychologie der Pfarrerwitwen“, das Paroisschicksal eines Pfarrers gegenüber seiner Wittwenschaft beschreibt. Die Merikalen Krakaus hatten gehofft, in Vater Zimmermann einen hervorragenden Agitator für die ins Wanken geratene christlich-soziale Bewegung in Krakau zu bekommen. Von fortschrittlicher Seite wurde die Parole ausgegeben, in dem Kampfe gegen den Merikalismus bis ans Ende zu gehen und unter keinen Umständen die Abhaltung der Vorlesungen Zimmermanns zuzulassen. Vom Universitätsrat wird jedoch betont, daß an eine Erfüllung der Forderungen der fortschrittlichen Studentenschaft nicht zu denken sei, und es wird mit der Schließung der Hochschule gedroht.

Ein Nachkomme Lessings. In Berlin ist am Sonnabend der Geheimrat Landgerichtsdirektor a. D. Lessing, der Haupt-eigentümer der „Vossischen Zeitung“, gestorben. Der Träger des berühmten Namens war der Urenkel des jüngeren Bruders und erstgenannten des großen Dichters Lessing. Als Besitzer und oberster Leiter des angesehensten liberalen Berliner Blattes verband er den Standpunkt der alten Fortschrittspartei in allen ihren Schattierungen. Namens- und Prinzipienänderungen mit einer tiefen Gesinnung. Die alten Berliner Familien und die neuen Geheimen Kommerzien-räte und die ausstehenden Liberalisierenden Geheimräte lasen das Blatt gern. Viele Jahrzehnte hat Lessing als Richter in Berlin gewirkt. Der ihm war keine Sammlung von Akten an den berühmtesten Träger seines Namens, der stets mit bitterer Not und mit den Gläubigern gekämpft hatte, während der nun Verstorbenen jedoch neue Millionen seiner Nebenbuhler zufließen konnten.

„Gerechtfertigt“ und keine „Seite“. Das muß man aus einem Schlichtergericht Urteil entnehmen, das in vergangener Woche gegen eine Strafbilder-Darstellung erging. Diese hatte bei Verhaftung eines Schwabens in der Wohnung des Richters, des Generalanwälters, stattgefunden. Die Darstellungen waren so beschaffen, daß man die Seite

369 neue Volkswacht-Abonnenten

und 170 neue Mitglieder für den sozialdemokratischen Verein, das ist der Erfolg der Agitation, die am Sonntag von der Parteiorganisation veranstaltet worden ist.

Aber es braucht niemand zu warten, bis eine allgemeine Agitation veranstaltet wird. Wer agitieren will, hat dazu jeder Tag Gelegenheit.

Mehr als 5000 Mark

sind in wenigen Tagen für den Um- und Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses gesammelt worden.

Der Kaufmannverein. In der am Montag im Kaufmannshaus abgehaltenen ordentlichen Mitgliederversammlung wurde der Jahresbericht pro 1910 abgelesen.

Herr Barasch brachte vor, daß die Handlungsgehilfen-Vereine daran gehen, bei der Heerde vorzugehen zu werden, daß die freien Sonntage vor Weihnachten in Wegfall kommen.

Die Bewohner der Scheiniger Vorstadt äußern große Ungeheuerlichkeit darüber, daß die Durchlegung der Kaiserstraße durch das Heimannsche Grundstück noch immer auf sich warten läßt.

Einen Luftdruckhammer will die Breslauer Aktien-Gesellschaft für Eisenbahnanlagen und Maschinenbau in Breslau in der Dreherei (Halle IV) ihrer neuen Waggonfabrik in der Gemarkung Klein-Wohlsdorf, am Klein-Wohlsdorfer Kirchweg, aufstellen.

Eine Eingehung eines Weges. Auf Antrag des hiesigen Magistrats hat die Breslauer Polizeiverwaltung unterm 24. Januar 1911 die Eingehung des von der Lehmannstraße zwischen den Grundstücken Nr. 2 und 4 nach der Dammstraße führenden Verbindungsstückens als öffentlichen Weg beschlossen.

Die Werdelstraße zwischen Park- und Hohenlohestraße ist dem öffentlichen Verkehr übergeben worden.

Der Verein Frauenwohl veranstaltet am Donnerstag, den 2. Februar in der Aula des Magdalena-Gymnasiums einen Diskussionsabend. Zur Verhandlung sollen eine Reihe aktueller Frauenfragen berührt und sozialer Natur gebracht werden.

Eine Polizeiverordnung über den Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln hat der Polizeipräsident mit Zustimmung des Magistrats unterm 25. Januar erlassen.

häft getragen werden; Gunde dürfen in solchen Geschäftsräumen nicht gehalten, auch durch nicht mitgebracht werden.

Centralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen (Bezirk Breslau). Mittwoch, den 1. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Marzelenstraße 17, 1. Stock, Zimmer 3/4. Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Gründung und Entwicklung unseres Verbandes.

Humboldt-Verein für Volksbildung. Donnerstag, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, wird Herr Rechtsanwalt Dr. Hans Hinkel im Saale des Deutschen Konviktens, Wellendstraße 50/52, einen Vortrag über das interessante Thema: Die Ehe im Spiegel des Rechts halten.

Verenigte Theater. Stadttheater. Dienstag gelangt Vorhings Oper 'Der Waffenschmied' zur Aufführung. Als Marie debütiert Fräulein Scheffler, als Geora gastiert Herr Wilhelm Bollmar vom Stadttheater in Habelberg auf Anstellung.

Robert Theater. Dienstag, Donnerstag und Freitag finden Aufführungen der beliebten Operette 'Das Musikantenmädel' statt. Mittwoch geht die erfolgreiche Operette 'Tigeunerliebe' in Szene.

Reclauer Schauspielhaus. Heute, Dienstag, geht die Oper 'Duo vadis?' in Szene. Mittwoch wird die erfolgreiche Operette 'Kreolenblut' gegeben.

Zirkus Busch. Heute, Dienstag beendet die Trabestreife (12 Reitan) ihr Gastspiel im Circus Busch; von Mittwoch ab treten als Gast die phänomenalen Reitanstalten S. Blittons und der originale Franz Seidler als radsportende Paardressuristen auf.

Lieblich-Stablfest. In der heute, Dienstag, den 31. Januar, stattfindenden Vorstellung geht der Einakter 'Die Schanzige' zum letzten Male in Szene.

Morgen, Mittwoch, den 1. Februar, tritt ein vollkommen neuer, aus 12 Aktrinnen bestehender Spielplan in Kraft.

Der üblich verunglückte Filzschaffner der Städtischen Straßenbahn, Paul Bildt, ist Montag Nachmittag auf dem katholischen Friedhof in Odwiz unter zahlreicher Beteiligung der Angehörigen der Städtischen Straßenbahn beerdigt worden.

Einbruch in einen Eilerschuppen. In der Nacht zum 25. d. M. sind Diebe in den Eilerschuppen eines Eilermeisters auf der Frankfurterstraße eingebrochen.

Neueste Nachrichten.

Der Zustand des Genossen Singer.

Berlin, 31. Januar. Die Krankheit des Reichstagsabgeordneten Paul Singer hat sich im Laufe des gestrigen Tages weiter verschlimmert.

Rückzug vor der Pest.

Berlin, 31. Januar. (S. L.-B.) Da die Pest sich in China immer mehr ausbreitet, wird der Kronprinz von Preußen seine weitere Orientreise aufgeben und von Kollata aus nach Deutschland zurückkehren.

Elf Opfer der Grubenkatastrophe.

Duisburg, 31. Januar. Von den auf der Gewerkschaft 'Deutscher Kaiser' bei der Schlagwetterexplosion verletzten 18 Bergleuten sind im Verlaufe des gestrigen Tages noch weitere gestorben.

Die Studentenbewegung in Krakau.

Wien, 31. Januar. Der Rektor der Universität Krakau, Professor Mikolaj, verfügte die Polizei vor dem gemeinsamen Eindringen der Studenten und ergriff Mitleid.

worben seien. Die Studenten stellen sich auf eine lange St. Lagerung gefast. Sie halten rechtzeitig Mitteilung von der beabsichtigten Verlagerung durch die Polizei erhalten und verließen sich hierauf reichlich mit Proviant.

Wien, 10 Uhr 45 Minuten Abends, 31. Januar. Die Krakauer Universitätsbehörden haben im Einverständnis mit dem Unterrichtsminister den Krakauer Universität ein unblütiges Ende bereitet.

London, 31. Januar. Der Justizminister hat die beantragte Begnadigung eines noch nicht 18-jährigen zum Tode verurteilten jungen Mannes namens Newton, der aus Eifersucht seine Geliebte mit einem Messer erstickt hatte, abgelehnt.

Abgelehnte Begnadigung.

London, 31. Januar. Der Justizminister hat die beantragte Begnadigung eines noch nicht 18-jährigen zum Tode verurteilten jungen Mannes namens Newton, der aus Eifersucht seine Geliebte mit einem Messer erstickt hatte, abgelehnt.

Ausbruch eines Vulkans.

Manila, 31. Januar. Durch den Ausbruch des Vulkans bei Taalhal auf den Philippinen wurden fünf Dörfer vollständig vernichtet. Die Bewohner derselben mußten zum allergrößten Teile in den Lavafloten umkommen.

Manila, 31. Januar. Der letzten Weinroten zufolge, die aus dem Taalhal-Geblete eingetroffen sind, wurden fünf Dörfer durch die Vulkanausbrüche und die Fluten des glühend heißen Lavaflozes zerstört.

Erdbeben.

Adeleide, 31. Januar. Ein verheerendes Erdbeben hat auf den neuen Gebirgen stattgefunden. Der Dampfer 'Makambo', der von dort gestern in Sidney eingetroffen ist, berichtet, daß das Erdbeben, das am 13. und 14. November vorigen Jahres tobte, namentlich Saicho traf und sich bis nach Malicollo ausdehnte.

Saarbrücken, 31. Januar. Am Bahnhof von Saarbrücken wurde gestern ein gut gekleideter Mann verhaftet, in dessen Begleitung sich zwei junge Mädchen befanden, für die der Verhaftete angeblich gute Stellen in Argentinien besorgt hatte.

St. Privat, 31. Januar. Zu Beginn dieses Jahres verstarb plötzlich und in einem blühenden Gesundheitszustand die 32-jährige Gattin eines hiesigen Gewerbetreibenden.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with 10 columns: Station, Water level, etc. for various stations along the Oder river.

Bersammlungen und Vereine.

Arbeiter-Sekretariat Breslau. Nikolaistraße 18/19. Sprechst. Vorm. 11-1 Uhr, Nachm. 5 1/2-7 1/2 Uhr (außer Sonntagen und Nachmittage).

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 31. Januar: Verband der Fabrikarbeiter. Generalversammlung im Saale Eintratsure. Versammlung im Zimmer 2.

Handlungsgehilfen.

Dienstag, den 31. Januar: Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Zimmer 2. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Händerausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 2.

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins.

Montag, den 30. Januar: Händerausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 2. Donnerstag, den 9. Februar: Tagung der Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr im Zimmer Nr. 1. Auswahl der Ordnerwahl.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Sonder).

Neumarkt. Saalbücherei 12. (Beiräte: Gattlich, Richter, Richter, Dorf und Kleinburg.) Mittwoch, den 1. Februar, Abends 8 Uhr, findet bei Hinkel im Saale eine außerordentliche wichtige Mitgliederversammlung statt. Referent: Genosse Scholt.

Er scheint 3 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Abzählungsgeschäfte

Abzählungsgeschäfte
gegen bar und auf Zahlungsfrist
Adolf Schröter, Ringstr. 2,
Karlshof, Altes Rathaus

Bilz-Sinalco
= Brau- & Brau- =
Güter, Wein & Co., Marktstr. 110,
Damm, Al. Rosenfeldstr. 138, Emslandstr. 10,
Damm, Al. Rosenfeldstr. 138, Emslandstr. 10,
Damm, Al. Rosenfeldstr. 138, Emslandstr. 10,

Bäckereien und Konditoreien
Bartisch, Karl, Lohstr. 32.
Berger, Friedr., Kreuzstr. 38,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76
Böhm, W., Polierstr. 4.
Bunde, Friedr., Klopferstr. 18.
Friedr. Carl, Oberstr. 29, Klopferstr. 2.
Grunig, Albert, Klopferstr. 11.
Gute, Emil, Klopferstr. 4.
Gute, Carl, Klopferstr. 30/32.
Gute, Carl, Klopferstr. 30/32.
Gute, Carl, Klopferstr. 30/32.
Gute, Carl, Klopferstr. 30/32.

Fahrräder, Nähmaschinen
Fahrradhandl., Reich auf, Nikolaistr. 32.
Hermann, Wilhelm,
Taubenstr. 53.
Germann, G., Neue Taubenstr. 52/54.
Germann, G., Neue Taubenstr. 52/54.
Germann, G., Neue Taubenstr. 52/54.

Kleider, Hüte
Klinge, Max,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.
Kühn, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Wäsche, Kleider
Swienty, Jos.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Bygonische Artikel
Gummiswaren aller Art.
Damen-Kleidung separat
nur bei **M. Schröpel**,
Neue Gravenstr. 8, I. Ege.
- Kein Laden! -

Kinderwagen
Goetz Söhne,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Kaffee, Tee
Gewaltig, Heinrich,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Kinematographen
Pohl, B.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Kleiderstoffe, Seldwaren
Hecht & David,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Kohlen u. Briketts
Reich, Johanna,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Kolonialwaren
Bergmann, Heinrich,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Kaufhäuser und Schokoladen
Gärtner, Maria,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Lehrer und Sattler
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Lineolen, Wachstuche
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Malzkaffee
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Manufaktur-Waren
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Mein und Mützen
Wagner, H.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Resthandlungen
Gottlieb, Bernh., Gröblichstr. 40,
Steingasse, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Putz, Modes
Cichen, Rich.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Rosfleischerei u. Wurstfabrik
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Sergemazine
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Nähmaschinen
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Musik-Instrumente
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Optiker
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Papier- und Schreibwaren
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Schirme, Stöcke
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Schneiderei-Artikel
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Schuhwaren und Schuhmacher
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Photographische Ateliers
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Photographische Bedarfsartikel
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Resthandlungen
Gottlieb, Bernh., Gröblichstr. 40,
Steingasse, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Putz, Modes
Cichen, Rich.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Rosfleischerei u. Wurstfabrik
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Sergemazine
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Nähmaschinen
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Musik-Instrumente
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Optiker
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Papier- und Schreibwaren
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Schirme, Stöcke
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Schneiderei-Artikel
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Schuhwaren und Schuhmacher
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Photographische Ateliers
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Photographische Bedarfsartikel
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Resthandlungen
Gottlieb, Bernh., Gröblichstr. 40,
Steingasse, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Putz, Modes
Cichen, Rich.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Rosfleischerei u. Wurstfabrik
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Sergemazine
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Nähmaschinen
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Musik-Instrumente
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Optiker
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Papier- und Schreibwaren
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Schirme, Stöcke
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Schneiderei-Artikel
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Schuhwaren und Schuhmacher
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Photographische Ateliers
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Photographische Bedarfsartikel
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

Restaurateurs
Wedler, Bernh.,
Königsplatz, 1. Stock, Marktstr. 74/76.

2. Beilage zu Nr. 27 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 1. Februar 1911.

Deutscher Reichstag.

117. Sitzung. Montag, den 30. Januar, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesrat: Dr. Lisco, v. Heeringen.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die erste Beratung eines Gesetzesentwurfs betreffend die bei einem obersten Landesgericht einzulegenden Revisionen.

Staatssekretär Dr. Lisco: Die Vorlage ist veranlaßt durch einen von Bayern ausgehenden Antrag beim Bundesrat, der durch den Mißstand hervorgerufen ist, daß das bayerische Recht vor dem Reichsgericht nicht reiblich ist. Nach dem Entwurf hat, wenn für die Entscheidung sowohl reichsrechtliche als landesrechtliche Normen in Betracht kommen, namentlich die Rücksicht auf das Reichsrecht zu überwiegen.

Abg. Dr. Junck (natl.): Im Interesse der Reichseinheit können wir nicht anhaben, daß die Entscheidung, ob Reichsrecht oder Landesrecht bei einem Prozeß wesentlich überwiegt, den bayerischen Gerichten überlassen wird. Das einfache wäre, das bayerische Landesrecht für reiblich vor dem Reichsgericht zu erklären.

Bayr. Justizminister Ritter v. Wittner sucht die Bedenken des Vortrags zu zerstreuen.

Abg. Sprell (Zentr.) erklärt sich in derselben Richtung. Da Kommissionsberatung nicht beantragt ist, folgt sofort die zweite Lesung, in der die Vorlage debattiert und angenommen wird.

Petitionen

Ein größere Zahl von Petitionen wird nach den Anträgen der Petitionskommission dem Reichskanzler als Material überwiesen; aber andere wird, dem Antrage der Kommission entsprechend, zur Tagesordnung übergegangen.

Der Wirtl. Erb. Kriegsrat Uhlendorff petitioniert, der Reichstag möge 1. durch eine Kommission die Verhältnisse in der Militärverwaltung prüfen und Vorschläge machen, wie sie auf gesetzliche Grundlage zurückgeführt und geeignete Einrichtungen unverantwortlicher Offiziere unwirksam gemacht werden können; 2. darauf hinwirken, daß aus dem § 25 des Prämiengesetzes die Militärintendanten ausgeschlossen werden; 3. beschließen, daß dem geschwändig seines Amtes enthobenen Petenten Gerechtigkeit zu teil werde.

Die Kommission beantragt, die Punkte 1 und 2 dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen, über 3 zur Tagesordnung überzugehen.

Die Abg. Ullrich und Genossen (Vpt.) beantragen, die Punkte 1 und 2 der Subkommission zur Erlebigung, Punkt 3 dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Abg. Sommer (Vpt.), Dr. Doormann (Vp.), Dr. Stengel (Vpt.) beantragen, die ganze Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Preussischer Kriegsminister v. Heeringen: Geheimrat Uhlendorff behauptete, daß vor seiner Dispositionsstellung seine geschäftlichen Handlungen niemals hemmunglos wurden. Diese Behauptung ist unzutreffend. Redner geht auf die Jahre 1896, 97 und 99 fallenden Bemängelungen des näheren ein und schließt damit, daß allerdings die Militärverwaltung, wie alles Militär, in dieser oder jener Einzelheit unvollkommen sein möge, das System in seiner Gesamtheit habe aber die Feuerprobe dreier Regimenter bestanden. (Veh. Bravo! recht.)

Abg. Sommer (Vp.) begründet seinen (nicht fraktionellen) Antrag. Als im vorigen Frühjahr die Sache zur Beratung stand, schien das ganze Kriegsministerium sich im Ausland zu befinden. Heute kann man angesichts so vieler Uniformen am Bundespraktisch ausfragen: Welch reiches Himmel. Stern an Stern! (Veh. Bravo! recht.) Wenn Herr Uhlendorff so dienstunfähig war, warum hat man ihn denn dann in einem noch gar nicht so hohen Alter zum Oberst gemacht? (Sehr laut! links.)

Abg. Kunert (Soz.): Es scheint doch recht bedenklich zu sein, die Intendanten, die Sachverständigen für militärische Verwaltungsangelegenheiten derart bedingungslos den kommandierenden Generälen, also Nichtfachmännern, unterzuordnen. Im Einklang mit Herrn Sommer bin ich der Meinung, daß rechtzeitige Mitteilungen der Kommission diese Erdörterungen im Genuß unzulässig gemacht hätten. Das Bedenkliche an der Sache ist schließlich nicht die Persönlichkeit des Herrn Uhlendorff, sondern sein Verlangen, daß die Militärverwaltung auf eine verfassungsmäßige Grundlage gestellt wird. Es ist unzulässig, daß Herr Uhlendorff mit seiner Auffassung von der Notwendigkeit der Reorganisation der Militärverwaltung durchaus nicht allein steht unter den Militärintendanten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im Zusammenhang mit dieser Frage steht auch das Vorhandensein direkt ungesetzlicher

Fonds bei der Militärverwaltung. Deshalb verlangen Uhlendorff und der ebenfalls als Sachmann sachverständige Stagemann, daß die Verwaltung des Reichselgenoms beim Heere anderweitig geregelt werden soll, eventuell einer nur dem Reichstag verantwortlichen Behörde übertragen wird. Beide Herren weisen in den Einzelheiten sehr voneinander ab. Darin aber sind sie einig: daß etwas so laut ist im Staate Dänemark und eine Reorganisation nötig ist. (Veh. Bravo! bei den Soz.) Bei dieser Gelegenheit darf auch nicht vergessen werden, mit anderen ungesetzlichen Fonds aufzuräumen, wie sie zum Beispiel in Sachsen bestehen. Jedenfalls ist auf diesem Gebiete noch recht viel zu reformieren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Generalmajor Freiherr von Salza: Meines Wissens existieren in Sachsen keinerlei ungesetzliche Fonds. Wenn der Abg. Kunert Material über solche Ungehelichkeiten besitzt, stelle er es uns zur Verfügung.

Inzwischen hat der Abg. Sommer (Vpt.) seinen Antrag dahin abgeändert, daß er statt „Überweisung an den Reichskanzler“ „Zurückverweisung an die Kommission“ verlangt.

Abg. Erbsberger (Vp.): Die Sache ist vollkommen spruchreif und kann entschieden werden. Eine Zurückverweisung an die Kommission ist nicht erforderlich.

Abg. von Büren (natl.): Den Kommissionsanträgen zu 2 und 3 stimmen wir zu. Punkt 1 halten wir für überflüssig.

Abg. Dr. Weber (natl.): Die Resolution, zu welcher die vom Kriegsminister eingesetzte Kommission kommen wird, werden uns hoffentlich in einer Denkschrift zugänglich gemacht werden. Wir stimmen für die Kommissionsanträge, die Herren von der Volkspartei mögen am besten ihren Antrag zurückziehen.

Abg. Werner (Ant.) schließt sich den Worten des Abgeordneten von Büren an.

Abg. Sommer (Vpt.): Wenn uns eine Denkschrift in dem von dem Abg. Weber angeregten Sinne zugeht, sind wir bereit, unsere Anträge zurückzugeben.

Kriegsminister v. Heeringen: Ob eine Denkschrift dem Reichstag mit Vorbehalt werden können, läßt sich noch nicht übersehen, das Mögliche soll aber geschehen.

Abg. Sommer (Vpt.): Nach dieser Erklärung ziehe ich unsere Anträge zurück.

Abg. Kunert (Soz.): Dem sächsischen Bundesratsbevollmächtigten und auch Herrn Erbsberger gegenüber, der sich als freiwilliger Regierungskommissar betätigt hat, halte ich an der Behauptung fest, daß im sächsischen Militärkabinett schwarze Fonds vorhanden sind. Den Beweis werde ich beim Militärtrat erbringen. Das Vorhandensein solcher Fonds muß geradezu als ein Skandal bezeichnet werden. Herr Erbsberger mag sich merken, daß sich zwischen Berlin und Dresden manche Dinge ereignen, von denen keine Schulweisheit sich nichts träumen läßt.

Abg. Erbsberger (Zentr.): Gegen die Behauptung, daß schwarze Fonds im Militärtrat vorhanden sind, muß ich mich als Referent des Militärtrats wehren. Das heißt noch nicht freiwilliger Regierungskommissar sein. Beweise hat Herr Kunert für seine Behauptung nicht erbracht.

Abg. Kunert (Soz.): Ich habe schon gesagt, daß ich die Beweise bei andrer Gelegenheit erbringen werde. Heute bin ich natürlich auf diese Sache nicht vorbereitet. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Herr Erbsberger ist nicht nur als freiwilliger Regierungskommissar aufgetreten, sondern auch noch viel besser und viel schneidiger als ein wirklicher Regierungskommissar. (Weiterheit.)

Die Debatte schließt, die Kommissionsanträge werden angenommen.

Es folgt eine Reihe von Petitionen, welche Abhilfe gegen die Verunreinigung des Maines durch Fabrikabwässer wünschen. Die Kommission beantragt Überweisung als Material an den Reichskanzler.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentrum): Die Stadt Offenbach hat noch immer keine Kläranlage gebaut. Es wird an der Zeit, Dampf dahinter zu machen.

Abg. Brühne (Soz.): Die Verunreinigung des Maines und das dadurch veranlaßte Absterben der Fische ist umso mehr zu bedauern, als die Fische bei den hohen Fleischpreisen als gutes Volkswirtschaftsmittel sehr in Betracht kommen. Bei der Forderung der Kläranlage darf man aber nicht vergessen, daß die Errichtung der Stadt Offenbach angeborene Summen kosten würde.

Ein Kommissionsantrag wird angenommen.

Eine Reihe von Petitionen verlangt Abänderung resp. Aufhebung des Impfwanges.

Die Kommission beantragt Übergang zur Tagesordnung.

Die Abg. Sachse, Sebering und Gen. (Soz.) beantragen, die Petitionen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, soweit sie die Einführung der Gewissensklause nach englischem Muster verlangen, wonach die Eltern, die vor der Behörde erklären, die Kaupung ihrer Kinder nach ihrem Gewissen nicht verantworten zu können, davon befreit sind, die übrigen Punkte als Material zu überweisen.

Die Abg. von Damm und Gen. (mist. Vgg.) beantragen, in den Antrag Sachse noch einzufügen und soweit sie bestmöglichen durch die Impfung Geschädigten einen Anspruch auf Entschädigung gegen den Staat einzuräumen.

Abg. Erbsberger u. Gen. (Vp.) beantragen eine Kommission aus Impfreunden und Gegnern einzuberufen.

Die Abg. Fehrbender und Dr. Pfeiffer (Zentr.) beantragen, die Petitionen dem Reichskanzler als Material zu überweisen und ihn um Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, welcher die Gewissensklause enthält, zu ersuchen.

Die Abg. Dr. Müller-Meininger u. Gen. (Vpt.) beantragen eine andere Fassung des Antrages Fehrbender und die Vorlegung einer Denkschrift über die Gewissensklause.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): Bei der Schaffung des Impfgesetzes hat man an einen absoluten Zwang nicht gedacht. Unerbitt ist es, daß der Dezentist für Impfsachen in Frankfurt a. M., Herr von Vitter, erklärt hat, er werde die Eltern in Ketten legen lassen, um das Impfen der Kinder zu erzwingen. Hoffentlich gibt es noch Richter in Deutschland, die einem Volzeitimpfer die Grenze seiner Übermenslichkeit markieren. Persönlich bin ich ein Anhänger des Impfwesens. Doch aber Impfschäden vorkommen, läßt sich gar nicht bestreiten. Nehmen Sie den Antrag Fehrbender nicht an, durch den ja nichts erreicht wird.

Geheimrat Richter: Ich muß bekennen, daß Herr v. Vitter die Äußerung von dem Inlettenlegen der Eltern gemacht hat.

Abg. Dr. Arning (natl.) tritt entschieden für Aufrechterhaltung des Impfwanges ein. Die medizinische Wissenschaft und Statistik hätten den Nutzen und die Notwendigkeit der Impfung erwiesen.

Ein Verlegungsantrag wird angenommen. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Dritte Lesung der Wertzuwachssteuer.) Schluß: 7/4 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhause kam es am Montag bei der Beratung des Etats der Forstverwaltung zu einer wichtigen Aussprache über das Koalitionsrecht der Forstarbeiter. Während Genosse Ströbel die schlechte Lage dieser Arbeiter schilderte und für sie ungeschmälertes Koalitionsrecht forderte, erklärte der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer, daß Arbeiter, die sich an sozialdemokratischen Agitationen beteiligen oder die den Frieden zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern stören, in den staatlichen Betrieben nicht beschäftigt werden dürfen und daß er nichts dagegen habe, wenn solche Arbeiter entlassen werden. Diese Erklärung wurde von der großen Mehrheit des Hauses mit Beifall aufgenommen. Sogar der Vertreter des Zentrums, Abg. Busch, stimmte dem Minister zu und verlangte nur, daß die christlichen Organisationen anders behandelt werden sollten. Der Minister versprach das auch. Hiernach steht fest, daß das Zentrum nur für das Koalitionsrecht der christlichen organisierten Arbeiter eintritt, daß es dagegen das Koalitionsrecht der übrigen Arbeiter genau so wie die Konservern mit Füßen tritt.

Am Dienstag wird der Domänenetat beraten.

Essener Meineidsprozeß.

Essen, 30. Januar 1911.

Montag Morgen begann die Verhandlung in dem sogenannten Essener Meineidsprozeß vor dem Schwurgericht in Essen. Von den damals Verurteilten sind 5 Angeklagte erschienen und zwar Schröder, Wener, Beckmann, Witting und Thiel. In der üblichen Ansprache an die Geschworenen weist der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor König auf die besondere Bedeutung des Schröderprozesses hin. Die Aufgabe der Geschworenen sei diesmal eine besonders schwierige; der Prozeß selbst habe seinerzeit großes Aufsehen erregt. Die Veranlassung zu demselben habe einen politischen Hintergrund gehabt. Der Prozeß selbst sei erwachsen auf dem Kampffeld der christlichen Bergarbeiter

Das moderne Byzanz!

Konstantinopel, 26. Januar 1911.

Konstantinopel war und bleibt Byzanz! Die Vorstellung ist durchaus falsch, daß Konstantinopel türkisch ist. Wohl gibt es hier eine Menge Türken, aber diese Türken selbst sind keine Türken mehr, sondern Byzantiner.

Die Türken nennen Konstantinopel „Stambul“, d. h. die Stadt schlechweg. Die Stadt im Unterschied zum Lande. Die Stadt im Sinne einer eigenartigen Kultur, die sie von den Dorfbewohnern trennt.

Zwischen dem Konstantinopler Türken und dem Kleinasiatischen liegt eine fremde Welt der Gewohnheiten, des Kampfes um das Dasein, der Lebensansprüche.

Dasselbe bezieht sich aber auch auf die Armenier. Meine armenischen Freunde aus dem Kleinasiatischen Gebirgslande zuden die Köpfe über ihre Konstantinopeler Landsleute: „Sind denn das Armenier?“ „Belomme ich ein armenisches Lied zu hören, so heißt es: „Sind denn das unsere Lieder? Auf den Dörfern, im Gebirge müßten Sie es hören.“ Und so in allem. „Sind denn das unsere Länze? unsere Speisen? unsere Art und Weise? O Armenien, schönes Heimatland!“

Es fühlen sie sich in Konstantinopel fremd; in dem Maße, wie sie sich hier heimisch zu fühlen beginnen, entfremden sie sich ihrer Heimat, die nur noch als ideale Sehnsucht in ihren Träumen fortbestehen bleibt.

So entsteht ein nationaler Idealismus, ein geistig verklärter Nationalismus, der in einem merkwürdigen Widerspruch zu der materiellen Wirklichkeit steht.

Ich kenne hier einen armenischen Vater, der mit Entzücken von den Landschaften seiner weiten Heimat träumt. Als ich ihn fragte, warum er nicht nach seinem Dorfe zurückgehe, wo er noch immer Haus und Hof besitzt, gab er mir eine herabwürdige Schilderung der ländlichen Verhältnisse Armeniens, daß ich begriffen habe: die Rückkehr dorthin wäre gleichbedeutend mit der Rückkehr zur Barbarei.

Nicht anders ergeht es den Griechen, nur daß es neben der Menge falsch zugewandelter viele griechische Familien gibt, die seit Generationen hier wohnen und Griechenland nur noch

als geistlichen Traum kennen, der um so reizvoller erscheint, je weiter man in die Vergangenheit zurückgreift.

Auch die Bulgaren fühlen sich fremd und doch ziehen sie in immer größerer Zahl nach Konstantinopel.

Der Nationalismus dieser Leute erscheint als geistige Katastrophe, in die die Phantasie alles Schöne hineingeworfen, was die Sehnsucht gebiert. Ohne daß sie es merken, vollzieht sich aber in ihrem Unterbewußtsein ein Prozeß, der ihre Denks- und Gefühlswelt ändert, und während sie sich noch immer als Griechen, Armenier, Bulgaren, Türken dünken, sind sie in Wirklichkeit — Byzantiner.

Warum aber Byzantiner und nicht einfach Konstantinopler?

Weil diese Stadt es wohl vermocht hätte, die einzelnen Volkselemente von ihrem nationalen Mutterboden abzulösen, sie aber nicht zu einer Gemeinschaft vereint hat.

Der Berliner, der Pariser, der Wiener, sie haben alle ihre charakteristischen Merkmale; jede dieser Weltstädte gibt ihren Bewohnern, trotz dem Unterschiede der sozialen Stellung, ein gemeinsames Gepräge. Vergessens wurde ich nach einem solchen gemeinsamen Zug in Konstantinopel. Wohl aber lassen sich hier, selbst im kürzesten Straßengewühl, die Angehörigen der einzelnen Nationen fast unfehlbar auseinander halten.

Die einzelnen Nationen bilden auch Konglomerationen, die vorzüglich diesen oder jenen Stadteil bewohnen: hier die Türken, dort die Griechen oder Armenier. Das bedingt einen engeren persönlichen und Geschäftsverkehr unter den Angehörigen der einzelnen Nationalität. Eine Abschließung der einzelnen Nation ist unmöglich. Das bedingt die Großstadt mit ihren zahllosen Zusammenhängen. Aber die Verbindungen bleiben meist gelegentlich und äußerlich, soweit sie nicht im Kreise der einzelnen Nationalität sich abspielen. Die Leute trennen, wie im höchsten Grade, herum, kommen in Berührung zueinander, haben sich gegenseitig an, gehen auseinander ohne sich gegenseitig zu erkennen, und verlieren sich in der grauen Luft, die auch die Stimme des einzelnen erstickt.

Es fehlt dieser Weltstadt, die über eine Million Einwohner beherbergt, der Gemeinschaft. So war es in der Geschichte und so ist es bis auf den heutigen Tag.

Das ist Byzanz. Gruppeninteressen. Jedes einzelne Nationalitätenstück, losgelöst von seinem Volke und großstädtisch verzerrt, sucht auf Kosten der anderen emporzukommen, ohne deshalb die sozialen Widersprüche in seiner eigenen Mitte zu beseitigen.

Es bemüht sich jeder um die Freundschaft der Feinde seiner Feinde, und es entsteht ein Chaos politischer Kämpfe, Gelegenheitsbündnisse und Gelegenheitsfeindschaften, die leicht sowohl Richtung wie Ziel wechseln. Von Grundstücken keine Rede. Sieger wird nicht derjenige, der einen großzügigen Plan verfolgt, sondern wer, ohne an anderes, als den augenblicklichen Erfolg zu denken, aus den Plänen der anderen für sich Nutzen zieht und mit List sein Schicksal über den Wässern der Falten verfleht. Die Intrige herrscht: Allgemeines Mißtrauen ist Geis des öffentlichen Verkehrs.

Nicht immer gegen die Feinde, oft wird die Freundschaft der Feinde auch gegen die eigenen Freunde angerufen und ist, selbstverständlich, am leichtesten zu haben.

Wenn die Zerstückelung des politischen Interesses führt zum Mißtrauen, zum Vordringen der Ehrgeizigen, zur Korruption.

In dieser Atmosphäre finden die unglaublichsten Verbrechen williges Gehör. Es gibt keine Schamlosigkeit, die man sich nicht gegenseitig zugestaut hätte. Das erste Wort der höchsten Politik ist Verrat, das zweite Mord.

Ich unterhielt mich mit einem Mann, der sehr vernünftige Ansichten äußerte und weder als Türke, noch als deren Gegner sich gebärdete. „— Dieß es — dieser hat, er steht in österreichischen Diensten.“ Ein anderer — russischer Spion — wird man nicht von einer Regierung bezahlt, dann ist man vernünftig von der Hochfinanz gekauft. Man nennt die Communen, welche einzelne Zeitungen von dieser oder jener Gesellschaft erhalten; andere stehen es vor, sich von mehreren gleichzeitig ausbilden zu lassen.

Bei alledem macht Konstantinopel eine innere Entschleunigung durch. Neue Zustände kommen herauf, und diese können an den großen kapitalistischen Klaffen und an den als großes politisches Einläuralement ausstritt.

